

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

9

VIII. Jahrgang

Leipzig, September 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395

Die politischen und militärischen Vorgänge in der CSSR haben gerade jene Menschen tief bewegt, die ihre Hoffnungen auf den Sozialismus, auf die Demokratie und auf den Frieden setzen. Seit Monaten verfolgen die sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik, und nicht zuletzt die Gewerkschafter, mit großem Interesse die Bemühungen der Kommunistischen Partei in der CSSR um Reformen zur Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie waren zunächst überzeugt davon, daß die Bewegung auf das Ziel ausgerichtet war, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und an dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft stärker als bisher das gesamte Volk zu beteiligen. Um so bestürzender mußte darum der Einmarsch von Truppen der sozialistischen Nachbarländer der CSSR auf die Sozialisten und Demokraten in der Bundesrepublik wirken, obwohl im Verlauf der Reformbewegung schon Zweifel aufkamen, ob Partei und Regierung noch immer in der Lage seien, die Bewegung zu kontrollieren. Überstürzte Reformen, deren Tendenz für die sozialistische Entwicklung in der CSSR gefährliche Konsequenzen haben konnte, die aus bestimmten

Kreisen lautgewordene Forderung z. B. nach dem Austritt der CSSR aus dem Warschauer Pakt und eine gelenkte anti - sowjetische Stimmungsmache, führten zu steigendem Mißtrauen bei den sozialistischen Partnern. Der Besuch des Bundesbankpräsidenten Blesing und einer Reihe bundesdeutscher Politiker, von denen man alles, nur nicht die Unterstützung einer sozialistischen Reformbewegung erwarten konnte, ließen gleichzeitig ein verächtliches Interesse reaktionärer poli-

Kein Rückfall in den kalten Krieg!

tischer Kreise in der Bundesrepublik an der Reformbewegung der CSSR deutlich werden.

Eine hysterische Hetze in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die nichts mehr mit objektiver Berichterstattung zu tun hatte, war zweifellos der wesentliche Grund für die Reaktionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Aber es gab auch echte Sorge und Verzweiflung darüber, daß es unter sozialistischen Staaten nicht möglich sein sollte, Differenzen anders als mit militärischen Maßnahmen zu lösen. Die Tatsache jedoch, daß in der Bundesrepublik das Heer der kalten Krieger und die pronuncierte Anti-Kommunisten plötzlich ihr Herz für den „Reformkommunismus“ in der CSSR entdeckten, daß jene, die in der Bundesrepublik die Rüstungspolitik fördern, durch Notstandsgesetze die Demokratie aushöhlen und den Aggressionskrieg der Amerikaner in Vietnam unterstützen, sich demagogisch zum Richter über die Sowjetunion berufen fühlen, muß das Mißtrauen aller wachrufen, die in ständigen harten Auseinandersetzungen um Frieden, soziale Gerechtigkeit und um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten mit den gleichen reaktionären Kräften stehen.

Die militärische Intervention der fünf sozialistischen Staaten hat zweifellos die Absicht der Bundesregierung, mit der sogenannten neuen Ostpolitik die sozialistischen Länder aus der Interessensphäre der Sowjetunion herauszulösen, durchkreuzt. Zweifelloso ist auch die politische Situation der progressiven Linien in der Bundesrepublik schwieriger geworden. Es ist aber keineswegs erwiesen, daß die Sowjetunion in der CSSR die ursprünglichen Demokratisierungs-

Für eine Wahlalternative ...	3
Wie weiter mit der Konjunktur?	4
■ Kampf um den Kurs der IG Metall	6-8
Mitbestimmung: Mit den Argumenten am Ende	10
Dauerkrise in der Textilindustrie	11
Rüstungskosten steigen wieder	13
■ Schnelles Wachstum der Angestellten	14
Marxismus leicht gemacht ...	15
Neugliederung der Rentenversicherung?	17
Besteuerung der Renten? ...	20

GELD STINKT NICHT

Vom Februar nächsten Jahres an wird die Kölner Ausgabe der „Bild-Zeitung“ nicht mehr im Verlag DuMont Schauberg, sondern im Druckhaus Deutz gedruckt. Das Druckhaus Deutz mit rund 450 Beschäftigten ist eine GmbH, deren Geschäftsanteile der SPD gehören. Treuhänder sind u. a. der Ministerpräsident von Nordrhein - Westfalen, Kühn, und der SPD-Schatzmeister Alfred Nau.

Der Axel-Springer-Verlag hatte bekanntlich den Vertrag mit DuMont im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Kampagne zu Ostern gekündigt. Damals hatte sich das Druckhaus DuMont geweigert, eine zusätzliche Auflage von 28 000 Exemplaren für die Frankfurter „Bild“-Ausgabe zu drucken. Daraufhin entzog Springer der Druckerei den gesamten Druckauftrag für die „Bild-Zeitung“ und „Bild am Sonntag“.

Das SPD-eigene Druckhaus Deutz hat sich sofort nach der Auseinandersetzung zwischen Springer und DuMont angeboten, den Druckauftrag für die „Bild-Zeitung“ zu übernehmen. Geld stinkt eben nicht. okolus

bestrebungen durch ihr Eingreifen bedenden wollte. Im Gegenteil haben die beteiligten Länder sowie auch das neugewählte Zentralkomitee der KPC ausdrücklich erklärt, daß die nach der Ablösung Novotnys im Januar 1968 beschlossenen Reformen weitergeführt werden sollen.

Eine Tatsache ist allerdings wieder deutlich geworden: Eine Veränderung des Status quo in Europa — und das ist das Ziel der Außenpolitik der Bundesregierung mit ihrer Forderung nach Revision der durch den Hitler-Krieg entstandenen Grenzen — muß zu militärischen Auseinandersetzungen führen, und so gesehen kann das Eingreifen der Sowjetunion in der CSSR die mögliche Gefahr eines europäischen Krieges oder eines Weltkrieges aufgehoben haben. Keine der Großmächte, weder die USA noch die Sowjetunion, kann mit einer Veränderung der augenblicklichen Machtverhältnisse in Europa einverstanden sein. Es geht vielmehr darum, die politischen Spannungen abzubauen. Die Spannungen aber können sich nur dann lösen, wenn die Bundesregierung ihre Forderung nach Veränderung der bestehenden Grenzen aufgibt und sich zur Anerkennung der DDR bereit erklärt. Unverbindliche Gewaltverzichtserklärungen genügen nicht; es kommt darauf an, auch politisch auf Grenzrevisionen zu verzichten. Ein typisches Zeichen für die Unwahrscheinlichkeit der Bonner Politik ist die gespielte Entrüstung über die Vorgänge in der CSSR, obwohl auf der anderen Seite die Bundesregierung sich nicht bereit erklärt hat, das Münchener Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären.

Aufgabe der Gewerkschaften muß es nun sein, auf die Ereignisse in der CSSR nüchtern zu reagieren. Es ist nicht gut, übereilt die Beziehungen zu den Gewerkschaften in den sozialistischen Staaten, die an der militärischen

Intervention beteiligt waren, abzubrechen. Wenn Otto Brenner auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in München nach heftiger Kritik an der Sowjetunion doch vernünftigerweise feststellt, daß die Entspannungspolitik fortgesetzt werden müsse, ist es unlogisch, wenn die IG Metall selbst die so mühsam geknüpften Beziehungen kurzerhand abbricht. Wäre das gerechtfertigt, dann ist es nicht verständlich, daß auf der anderen Seite die IG Metall weiter recht freundschaftliche Beziehungen zu den Gewerkschaften in den USA pflegt, obwohl die AFL/CIO sich bisher in keiner Weise von dem Aggressionskrieg ihrer eigenen Regierung in Vietnam distanzieren hat, sondern diesen Krieg durch ihren Vorsitzenden Meany sogar noch unterstützt.

Gerade jetzt ist es wichtig, nicht die Kontakte zu den sozialistischen Gewerkschaften abzubrechen, sondern sie zu verstärken, um sich damit auch deutlich von jenen zu distanzieren, die die Vorgänge in der CSSR zum Anlaß nehmen, den kalten Krieg wieder anzublasen und alles wieder rückgängig zu machen, was bisher, besonders von den Gewerkschaften, zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West getan wurde.

Mit Erleichterung sollten alle, die den Kampf für Frieden und Demokratie nicht nur im Munde führen, sondern bitter ernst meinen, die Beendigung des Konfliktes zwischen der CSSR und der Sowjetunion begrüßen. Auch der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik kann nur damit gedient sein, wenn die führenden Männer in der CSSR einen vernünftigen Weg für eine progressive sozialistische und demokratische Entwicklung suchen und finden, um baldigst die Normalisierung der Lage und die volle Souveränität ihres Landes zu erreichen. H. S.

Die Kosten für die Beseitigung des „Butterberges“ in der Bundesrepublik sollen 1 Milliarde DM betragen. Rund 80 Millionen DM zahlt die Bundesregierung für die Vernichtung von Lebensmitteln jährlich in einen EWG-Fonds. Die Kosten für die Vernichtung von Lebensmitteln in der kapitalistischen Welt betragen viele Milliarden DM. Das einzige Ziel ist es, auf diese Weise Überangebote und das Sinken der Preise zu verhindern.

Wenn man in diesem Zusammenhang daran denkt, daß (ohne die Folgen des Separatistenkrieges in der Nigeria-Provinz Biafra) in der Welt jede Minute 10 Menschen qualvoll verhungern, also täglich zwischen 14 000 und 15 000, dann offenbart sich recht eindrucksvoll die moralische Verkommenheit und rücksichtslose Profitsucht der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Eine Nazizeit ...

Zwölf Jahre währte das Verbot der alten Sozialdemokratischen Partei unter dem Sozialistengesetz Bismarcks. Zwölf Jahre hat Hitler die Kommunistische Partei Deutschlands verboten und verfolgt. Zwölf Jahre war nun am 17. August 1968 die KPD unter Adenauer, Erhard und Kiesinger verboten und verfolgt. Zwölf Jahre — das ist schon wieder eine Nazizeit. Dabei ist es nicht nur die Zeit, die den Sozialistenverfolgungen gemeinsam ist. Es ist der antidemokratische Geist, der diesen dunklen Kapiteln deutscher Geschichte innewohnt.

In diesen dreimal zwölf Jahren und dazwischen hat die deutsche Arbeiterklasse die ganze Brutalität der herrschenden Kapitalistenklasse in allen Varianten kennengelernt: „Sozi“-Riecherei, Kinderarbeit, Zwölf- und Vierzehnstunden - Arbeitstag, Aufrüstung, erster Weltkrieg, Hunger, Inflation, dann nazistische Reaktion, wieder Aufrüstung, zweiter Weltkrieg, Hunger, Trümmer, Währungsreform — und schon wieder Aufrüstung. Und immer wieder Unterdrückung, Verfolgung und physische Vernichtung jener Sozialisten und Kommunisten und bürgerlicher Demokraten, die gegen all das Unrecht, gegen die brutale Alleinherrschaft der besitzenden Klasse, gegen den Krieg aufstanden.

Heute arbeitet die herrschende Klasse, die noch dieselbe ist wie unter Bismarck und Hitler, bei uns mit dem Polizeiknüppel, mit Bespitzelung und Gefängnis. Folter und Hinrichtungen hat sie einstweilen ihren Artverwandten in Spanien, Portugal und Griechenland überlassen. Aber die gesetzliche Grundlage für einen derartigen Herrschaftsstil hat sich die westdeutsche Reaktion mit den Notstandsgesetzen schon geschaffen.

Der Kampf für die Wiederzulassung der KPD ist nicht allein eine Angelegenheit der Kommunisten. Er ist auch nicht eine juristische Frage schlechthin. Unter dem Blickwinkel der geschichtlichen Erfahrung der deutschen Arbeiterschaft ist der Kampf für das legale Wirken der Kommunistischen Partei ein Kampf für demokratische Zustände überhaupt. Er ist zugleich auch Kampf gegen reaktionäre Herrschaftsmacht und gegen das Wiederaufleben des Neofaschismus.

Diese Erkenntnis gewinnt in letzter Zeit vor allem in den Gewerkschaften an Boden. Jugendkonferenzen, Fachtagungen und Gewerkschaftstage haben in Anträgen und Entschlüssen die Wiederzulassung der KPD gefordert und sichtbar gemacht, daß die zwölf Jahre lange Kommunistenverfolgung die Demokratie allgemein eingeengt und den Neonazismus gefördert hat. Zwölf Jahre KPD - Verbot sind genug! Sb.

Hunger im Überfluß

Tausende Tonnen Gurken, Pfirsiche, Orangen, Kohl und anderes Obst und Gemüse sind in den letzten Wochen in den Ländern der EWG vernichtet worden. Tausende Schweine wurden getötet und in riesige Gruben geworfen. Milch floß in Strömen in Gullis und Gräben. Unvorstellbare Mengen Obst verfaulen auf den Bäumen, Gemüsesfelder werden untergepflügt. Ein großer Teil der in der Bundesrepublik eingelagerten 300 000 Tonnen Butter soll durch Einschmelzen unbrauchbar gemacht werden. In den USA werden Prämien für das Nichtbebauen fruchtbarer Ackerlandes gezahlt, wodurch bereits 20 Prozent der Nutzfläche brach liegen. In Südamerika wird wieder — wie in den zwanziger Jahren — Kaffee ins Meer geschüttet.

Für Schaffung einer Wahlalternative

Aufgabe der Gewerkschaften vor der Bundestagswahl Wahlbündnis der fortschrittlichen Kräfte tut not

In der Bundesrepublik bestimmen in der Politik und in der Wirtschaft die großen Banken und Industriekonzerne. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ist ihre Macht weiter gefestigt, und die politische und gesellschaftliche Kontrolle der Machtstrukturen durch die Bevölkerung, die Grundlage jeder demokratischen Ordnung, wird mehr und mehr eingeschränkt. Innenpolitisch dienen die Notstandsgesetze zur Disziplinierung der Gewerkschaften und verhindern die verantwortliche Mitplanung und Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im wirtschaftspolitischen Bereich. Es ist eine neue Lage entstanden, die auch besonders in Hinblick auf die Bundestagswahl 1969 einer kritischen Untersuchung bedarf.

Keine der in Bonn etablierten Parteien hat bisher eine verbindliche Erklärung für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen in Bezug auf die Erweiterung und Konkretisierung der Mitbestimmung abgegeben. Selbst die SPD, deren historische Aufgabe es war und heute noch sein sollte, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, hat sich auf ein Regierungsprogramm festlegen lassen, daß die Behandlung des Mitbestimmungsproblems ausdrücklich ausschließt. Statt dessen hat sie durch ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen mitgeholfen, die Demokratie und damit die Kontrolle wirtschaftlicher und politischer Machtkonzentration abzubauen.

Gleichzeitig wachsen durch das Festhalten der Großen Koalition an der NATO-Politik und der damit verbundenen expansiven Außen- und Militärpolitik die sozialen Belastungen der Bevölkerung. Abbau sozialer Leistungen, Preissteigerungen, die Planung von Steuererhöhungen und der rückichtslose Abbau des Sozial Etats, der die Arbeiterrentenversicherung an den Rand des Bankrotts geführt hat, sind die spürbaren Auswirkungen. Die „Entspannungspolitik“ des sozialdemokratischen Außenministers Willy Brandt, ebenso wie die sogenannte neue Ostpolitik, sind ohne Erfolg geblieben, einmal, weil dieser Politik das Wichtigste fehlt, nämlich der Verzicht auf den Alleinvertragsanspruch und die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der DDR. Das „zeitlich begrenzte und geregelte Nebeneinander beider deutscher Staaten“ und unverbindliche Gewaltverzichtserklärungen sind kein Ersatz für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als entscheidende Voraussetzung für die Sicherung des Friedens in Europa. Zum anderen läßt die Ostpolitik Willy Brandts zu deutlich die Tendenz spüren, sich auf jene Länder Osteuropas zu konzentrieren, bei denen man Aversionen gegen die Sowjetunion vermutet.

Es ist nur zu verständlich, wenn sich heute schon Gewerkschafter im Hinblick auf die 1969 stattfindenden Bundestagswahlen Gedanken darüber ma-

chen, welche Entscheidungen getroffen werden müssen. Der DGB-Vorsitzende, Ludwig Rosenberg, hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß seit zwanzig Jahren in der Bundesrepublik die Argumente für und gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften diskutiert werden und daß nun endlich eine politische Entscheidung getroffen werden müsse.

Das ist zweifellos auch die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder, besonders auch der sozialdemokratischen Gewerkschafter, die auf dem Nürnberger Parteitag durch einen Beschluß die Bundestagsfraktion der SPD verpflichtet haben, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die im Montanbereich geltenden Mitbestimmungsrechte auf alle wichtigen und marktbeherrschenden Großunternehmen und Konzerne ausgedehnt werden sollen. Das gleiche fordert der Gesetzentwurf, den der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes im März 1968 vorgelegt hat. Zu dieser Frage lagen auch dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 28 Anträge vor, die die Ausweitung der Mitbestimmung auf die Großbetriebe und darüber hinaus in der gesamten Wirtschaft fordern. In diesen Anträgen wird deutlich, daß die Metallarbeiter — da unterscheiden sie sich nicht von ihren Kollegen in den anderen Gewerkschaften — das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und darüber hinaus in der gesamten Wirtschaftspolitik fordern.

Die Frage der Ausweitung der Mitbestimmung wird in den Diskussionen zur Bundestagswahl 1969 eine wesentliche Rolle spielen. Dabei wird gleichzeitig die Frage, ob die von den Parteien der Großen Koalition vorgeschlagenen Kandidaten den Notstandsgesetzen zugestimmt haben, für den Wähler ein wichtiges Kriterium sein.

Gewiß wird die große Masse der Wähler durch die Massenmedien der herrschenden Kräfte sich der Gefahr ausgesetzt sehen, manipuliert und über die wirklichen Ziele der Koalitionsparteien getäuscht zu werden. Es wird

darum zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehören, zusammen mit den Kräften der Außerparlamentarischen Opposition zur Desillusionierung der Bevölkerung beizutragen und den auf Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit drängenden Arbeitnehmern eine verständliche Wahlalternative aufzuzeigen. Hier wird es nicht zuletzt darauf ankommen, den vom Parlamentarismus enttäuschten Wählern — bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg sind ein Drittel der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gegangen! — zu erläutern, daß es falsch ist, in Resignation zu verfallen, weil Wahlenthaltung nicht dazu beiträgt, das Parlament wieder zu einer demokratischen Institution zu machen.

Die Gewerkschaften sollten sich auch der Aufgabe unterziehen, die Rolle des Parlamentarismus zu analysieren. Es ist unbestritten, daß im Spätkapitalismus eine immer engere Verschmelzung von Wirtschaftsmacht und Staatsmacht stattfindet und parlamentarische Entscheidungen nicht mehr im Plenum, sondern unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit in anonymen Ausschüssen und hinter den gepolsterten Türen der Spitzenmanager von Banken und Industriekonzerne ausgehandelt werden. Durch das Auftreten einer fortschrittlichen Fraktion im Bundestag kann aber das Parlament zu einer politischen Tribüne der Arbeiterschaft werden und wirkungsvoll die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten. Das setzt allerdings voraus, daß sie in enger Verbindung bleibt mit den gewerkschaftlichen Aktionen außerhalb des Parlaments.

Die verschiedenen politischen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition haben in Aufrufen ihre Vorstellungen zu den Bundestagswahlen 1969 dargelegt. Darin wird gefordert, Initiativgruppen in den Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen zu bilden und dort die Politik der Großen Koalition zu diskutieren und Wahlalternativen zu entwickeln. Dabei soll die Öffentlichkeit mobilisiert und später ein Wahlprogramm formuliert werden. Im Herbst soll dann ein Wahlbündnis für das gesamte Bundesgebiet geschaffen werden, in dem alle fortschrittlichen Demokraten, ungeachtet ihrer Weltanschauung, politisch zusammenwirken.

Dieses Wahlbündnis ist nach den Vorstellungen der Initiatoren keine festgefügte Partei, sondern nur eine Organisation, um dem Wahlgesetz zu genügen. „Mit der Schaffung eines solchen Wahlbündnisses“, so heißt es z. B. im Aufruf des „Gießener Kreises“, „kann unser Volk, zu oft getäuscht, beirrt und von den Herrschenden mißbraucht, die Zuversicht gewinnen, daß durch eigenes Handeln den wirtschaftlichen und politischen Mächten und den Kräften der Diktatur wirksam begegnet und das Geschick unseres Landes gewendet werden kann.“

H. S.

Nur Mißbrauch?

Die Gewerkschaften des DGB haben konsequent die Ende Mai 1968 vom Bundestag verabschiedeten Notstandsgesetze abgelehnt. In später gefaßten Beschlüssen gewerkschaftlicher Gremien und in Anträgen an Gewerkschaftstage wird die weitere Aufgabenstellung jedoch häufig darauf begrenzt, einen „Mißbrauch“ der Notstandsgesetze zu verhindern. „Wir werden die Entscheidung des Parlaments respektieren, weil wir auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen“, schrieb der IG-Metall-Vorsitzende, Otto Brenner, in einer Vorschau auf den Münchner Gewerkschaftstag am 20. August in „Metall“. „Wir haben jedoch die Verpflichtung, äußerste Wachsamkeit zu üben, um jeden Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verhindern.“

Sich nur noch auf die Abwehr eines „Mißbrauchs“ dieser Gesetze zu beschränken, ist gefährlich und falsch, weil eine solche Konzeption die „legale Anwendung“ toleriert. Die Gewerkschaften haben die Notstandsgesetze bekämpft, weil diese Gesetze bei ihrer Anwendung — und nicht nur bei Mißbrauch — eine Aushöhlung und Einschränkung der Demokratie, insbesondere aber der demokratischen Rechte der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften zur Folge haben. Die Gewerkschaften würden nicht nur ihrer Verantwortung als stärkste und bedeutendste demokratische Organisation untreu, sie würden auch unglaublich, fänden sie sich jetzt mit den Notstandsgesetzen ab.

Für die Gewerkschaften kann es nur die Folgerung geben, den Kampf um die Sicherung der Demokratie, der doch keineswegs von Erfolg gekrönt war, durch den Kampf gegen die mögliche Anwendung und für die Annullierung der Notstandsgesetze fortzusetzen. Eine Möglichkeit, diese Aufgabe zu verfolgen, besteht in der Einflußnahme auf die Bundestagswahl 1969 und ihre Vorbereitung. Es gilt, Kandidatur und Wahl von Befürwortern der Notstandsgesetze zu verhindern und statt deren Kandidatur und Wahl von Gegnern zu unterstützen. Ferner muß das in der Anti-Notstandsbewegung entwickelte Bündnis mit anderen demokratischen Kräften — Wissenschaftlern, Studenten, Pfarrern und der Jugend — gefestigt und verbreitet werden.

Jede Anwendung dieser auch durch die parlamentarische Verabschiedung nicht demokratisch gewordenen Gesetze sollte auf den harten Widerstand der Gewerkschafter und aller Demokraten stoßen. Nur so kann auch jetzt noch für die Verteidigung demokratischer Rechte erfolgreich gekämpft und die Voraussetzung für die Wiederherstellung einer demokratischen Verfassung geschaffen werden. Bp.

Wie weiter mit der Konjunktur?

**Zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Strauß und Schiller
Beide denken nicht an die Stärkung der Massenkaukraft**

Die Sommerpause in Bonn hat keineswegs zu einer Flaute in den Auseinandersetzungen um die künftige Wirtschaftspolitik geführt, wie dies von zahlreichen Beobachtern zeitweise erwartet worden war. Obwohl die Bundestagswahl erst in einem Jahr stattfindet, versuchen alle interessierten Kreise bereits jetzt, ihre Positionen durch eine entsprechende Propaganda auszubauen. Begonnen wird damit, daß jeder seine Verdienste um die Überwindung der Krise dick herausstreicht.

Prof. Schiller ließ im letzten Lagebericht des Wirtschaftsministeriums erklären, seine Rechnung sei „per saldo“ aufgegangen. Strauß verweist bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die von ihm praktizierte „antizyklische Ausgabenpolitik“. Und die Unternehmer, vertreten durch den BDI, feiern ihr „vorrangiges Verdienst“, sich nicht durch Änderungen von Steuer- und Abschreibungssätzen oder beschwörenden Appellen beeinflussen zu lassen, sondern die Investitionsplanungen allein an den Gewinnerwartungen orientiert zu haben.

Es ist ein höchst überflüssiger Streit. Denn daß die Wirtschaftskrise des Jahres 1967 überwunden ist, wird von niemandem bezweifelt, auch wenn der gegenwärtige Aufschwung höchst ungleichmäßig ist und zur Jahresmitte 1968 eine Reihe von Industriezweigen noch nicht einmal das Niveau des Jahres 1966 erreicht haben. Um das Überwinden der Krise durch staatliche Maßnahmen zu unterstützen, gab es aber zwei Möglichkeiten. Die eine, unter anderem vertreten von den Gewerkschaften und auch vom Sachverständigenrat, bestand darin, daß durch eine vorübergehende Steuer- oder Beitragssenkung und eine stärkere Kreditfinanzierung die konjunkturelle Entwicklung belebt werden sollte. Durch größere Einkommenssteigerungen und entsprechende Steuereinnahmen wäre dann in den folgenden Jahren der Ausgleich wieder hergestellt worden.

Entscheidung für Konjunkturprogramme

Die Regierung in Bonn entschied sich für das Rezept der Ministerzwillinge Schiller und Strauß, an den beschlossenen Steuer- und Beitragserhöhungen nicht zu rütteln und mit Hilfe von einseitig die Unternehmerprofite begünstigenden Konjunkturprogrammen die „Pferde zum Saufen“ und die „Schornsteine zum Rauchen“ zu bringen. Die Lasten dieser Konjunkturpolitik hatten die Werktätigen zu tragen, die durch die „konzertierte Aktion“ an die Fesseln der „Lohnleitlinien“ gelegt wurden. Den Gewerkschaften, die sich bereit erklärt hatten, „im Interesse des Ganzen“ vorübergehend auf stärkere Lohnerhöhungen zu verzichten, war

für die Zeit des kommenden Aufschwungs eine Phase der „sozialen Symmetrie“ versprochen worden, in der diese Zurückhaltung während der Krise wieder ausgeglichen werden sollte.

Schillers parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt hat Anfang Mai auf einer Tagung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt in Bad Godesberg den von Schiller geprägten Begriff „soziale Symmetrie“ nochmals dahingehend interpretiert, daß am Anfang ein möglichst rasches Ansteigen der Unternehmerrgewinne stehen müßte, um eine notwendige Investitionsneigung zu erreichen. Daran könnte sich sehr kurzfristig das Nachziehen der „Unselbständigen einkommen“ anschließen, wobei der Aufschwung außerdem die Möglichkeit böte, daß die Sozialpolitik wieder offensiv werden könne.

„Symmetrie-Versprechen“ nicht einlösbar

Der Aufschwung hat begonnen, von einem kurzfristigen Nachziehen der Löhne und Gehälter aber ist nichts zu spüren. In der Zielprojektion des Wirtschaftsministeriums für das Jahr 1968, der Grundlage für die Weiterführung der „konzertierte Aktion“, hat sich gegenüber der Krisenzeit kaum etwas verändert. Bei einem Rückgang der Zahl der Selbständigen um etwa 1,6 Prozent und einem Anstieg des Bruttoeinkommens der Unternehmer um 11,8 Prozent errechnet sich unter Einbeziehung der Steuervergünstigungen eine Nettogewinnsteigerung von 14 Prozent.

Für die Werktätigen ging Schillers Zielprojektion davon aus, daß bei einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 0,5 Prozent und einer Tariflohnsteigerung zwischen 4 und 5 Prozent die Bruttolohnsumme um etwa 4,1, die Nettolohnsumme um etwa 3,3 Prozent steigen würde. Das ergäbe für jeden Werktätigen im Durchschnitt eine Lohnsteigerung von rund 2,8 Prozent, das heißt bei Einrechnung der Preissteigerungen faktisch ein Stagnieren des Reallohnes.

Von „sozialer Symmetrie“ ist hier also wirklich nichts zu spüren. Und Schillers Ankündigung, im Wahljahr 1969

werde dadurch ein gewisser Ausgleich geschaffen, daß man ein Steigen der Brutto-lohn- und Gehaltssumme um 7,9 Prozent projektieren wolle, erweist sich schon durch die Tatsache als Bluff, daß zahlreiche große Gewerkschaften durch langfristige Tarifabkommen bis in das Jahr 1969 hinein ihre Hände gebunden haben. Die Forderung des BDI, der Unternehmer müsse darauf vertrauen können, daß die Erfolge seiner Arbeit nicht geschmälert werden, wenn er mit seinem eigenen Kapital das Risiko trage, wird also auch in Zukunft durch Schillers Wirtschaftspolitik erfüllt werden.

Trotz Krise hohe Profite

Die Hochstimmung der westdeutschen Unternehmer ist auch aus einer am 25. Juli in der „Frankfurter Allgemeinen“ publizierten „Bilanz der Bilanzen“ zu entnehmen, in der es heißt: „Das ‚Krisenjahr‘ 1967 war nicht so schlimm, wie es zunächst schien. Trotz Ach und Weh offizieller Wirtschaftsdiagnostiker über den ‚schärfsten Konjunkturrückgang seit Kriegsende‘, trotz rückläufiger Auftragseingänge und sinkender Umsätze haben viele Firmen inmitten der Rezession eine bessere Figur gemacht, als manche Propheten vorausgesagt hatten...“

Daß das Gros der deutschen Industrie gestärkt aus der Krise des letzten Jahres hervorging, ist freilich auch auf den Exportboom zurückzuführen. Hätten die deutsche Automobilwirtschaft und viele Investitionsgüterhersteller sich nicht auf starke Exportmärkte stützen können, so wären vermutlich über manchem Unternehmen die Wogen der Krise zusammengeschlagen.“

Konjunktur auf schwachen Füßen

Mit der letzten Feststellung wird ein Thema angeschnitten, das nach wie vor von höchster Aktualität ist. Die „konzertierte Aktion“ verhindert, daß der gegenwärtige Aufschwung vom Binnenmarkt getragen wird. In Schillers Zielprojektion sieht dies so aus, daß bei einem realen Zuwachs des Sozialprodukts um rund 21 Mrd. DM die Reallohnsteigerung nur etwa 1,5 Mrd. DM beträgt. Der Ausgleich wird auf dem Außenmarkt gesucht, auf dem ein Exportüberschuß in Höhe von 14 Mrd. DM erreicht werden soll. Zwar sind in den letzten Monaten die Auftragseingänge aus dem Inland ebenfalls gestiegen, jedoch wertet zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf dies mit dem Bestreben, „die abgebauten Läger deshalb schnell wieder aufzufüllen, um noch die Vorteile der bisherigen Preisstabilität zu nutzen, da man befürchtet, daß die Periode der Preisruhe in absehbarer Zeit zu Ende geht.“

In den vergangenen anderthalb Jahren, als es darum ging, die Unterneh-

mergewinne auch in der Krise hochzuhalten, waren sich Strauß und Schiller stets einig, wie in dieser Frage zu verfahren war. Gemeinsam verantworteten sie die Schuldenaufnahme durch den Staat, um diese mit Hilfe ihrer Konjunkturprogramme in die Unternehmerrassen zu schleusen. Jetzt aber gehen die Interessen auseinander. Während sich Strauß als „Hüter der Finanzen“ in ein gutes Licht setzen will und zu diesem Zweck darum bemüht sein muß, die weitere Bundesverschuldung in Grenzen zu halten, möchte Schiller durch binnenwirtschaftliche Maßnahmen den Konjunkturaufschwung absichern. Er weiß, daß der jahrelang anhaltende hohe Außenhandelsüberschuß zu Schwierigkeiten mit den Schuldnerländern führen muß. Nur eine Stärkung der Binnenkaufkraft kann zu verstärkten Importen beitragen und damit die Kopflastigkeit des Außenhandels vermindern bzw. zu einer Umorientierung der Exporteure auf den Inlandsmarkt führen.

„Streit“ im Schlaglicht der Wahlen

Die Massenkaufkraft ist aber im Rahmen der „konzertierten Aktion“ festgelegt. Von dieser Seite sind in nächster Zeit keine entscheidenden Impulse zu erwarten. Es bliebe demzufolge nur der Weg über eine weitere Verschuldung des Bundes. Ihn will Schiller gehen, um mit neuen Defiziten im Bundeshaushalt auch im Wahljahr eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung als Ergebnis seiner Wirtschaftspolitik vorweisen zu können. Im Finanzministerium ist man dagegen der Meinung, daß in den Jahren einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung der Versuch gemacht werden sollte, die Verschuldung nicht viel weiter auszudehnen, sondern möglichst noch zu verringern.

Zwischen beiden Auffassungen ist schwerlich ein Kompromiß denkbar, weil sie beide eindeutig darauf abzielen, daß ihre Verfechter sich ein entsprechendes Image für die Bundestagswahl verschaffen wollen. Unabhängig davon liegt der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Strauß und Schiller aber ein echtes wirtschaftspolitisches Problem zugrunde, zu dem es nur eine Alternative gibt: die Stärkung des Binnenmarktes durch eine Erhöhung der Massenkaufkraft. Die beste Konjunkturpolitik ist eine aktive Lohnpolitik. In der „konzertierten Aktion“ haben die Gewerkschaften „im Interesse des Ganzen“ auf zahlreiche gut begründete Forderungen verzichtet. Sie sind dafür nicht entschädigt worden. Jetzt haben sie wirklich die Möglichkeit, im Interesse des Ganzen und entsprechend dem Willen ihrer Mitglieder das durchzusetzen, worauf sie bisher im Vertrauen auf das Wort eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers lange genug vergeblich gewartet haben. L. K.

Keine Begünstigung

Die Gewerkschaft Textil — Bekleidung hat durch den SPD-Juristen Adolf Arndt Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einlegen lassen. Die Beschwerde richtet sich gegen den Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts, mit dem er die Begünstigung gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer durch Tarifausschluß-Klauseln ablehnt. Dieser Entscheid des Bundesarbeitsgerichts war schon im November 1967 ergangen, aber erst Mitte August 1968 wurde der Gewerkschaft Textil — Bekleidung und dem Verband der westfälischen Bekleidungsindustrie die schriftliche Begründung zugestellt. Die Gewerkschaft hatte seinerzeit den Abschluß eines entsprechenden Tarifvertrages angestrebt, was zur Klage der Textilunternehmer führte.

Das Bundesarbeitsgericht meint, solche Klauseln würden die „negative Koalitionsfreiheit“ verletzen und gegen gesetzlich verankerte Individualrechte verstoßen. Sie enthielten im Ergebnis eine nach allgemeinen Gesetzen unzulässige Beitragserhebung und überschritten im Verhältnis zu den Arbeitgebern die Grenze des Zumutbaren. In Tarifverträgen dürfe zwischen den bei der Vertragsschließenden Gewerkschaft organisierten und anders oder nicht organisierten Arbeitnehmern nicht differenziert werden (Az.: GS 1/67 — 1 AZR 495/65).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärte dazu, die der Entscheidung zugrunde liegenden Gedankengänge seien geeignet, die Gewerkschaften in ihrer Betätigungsfreiheit einzuknechten und in ihrer Substanz zu gefährden. Die „Welt der Arbeit“ stellte am 23. 8. 1968 fest: „Schließlich erwirbt ja auch etwa bei einer Feuer- oder Lebensversicherung nur derjenige einen Anspruch auf Versicherungsleistungen, der Prämien eingezahlt hat. Kann man da sinnvoll von ‚Benachteiligung‘ des Nichtmitglieds der Versicherung sprechen, wenn er etwa bei Feuerschäden einen solchen Anspruch nicht erwirbt?“

Zweifellos ist der Standpunkt und der Entscheid des Bundesarbeitsgerichts anfechtbar. Insbesondere erweckt er den Eindruck, als werde im Sinne der Arbeitgeberinteressen Recht gesprochen. Andererseits aber werden die Gewerkschaften mit Unterstützungsgeldern und versicherungähnlichem Selbstverständnis allein nicht überzeugende Ausstrahlungskraft entwickeln können. Um den Mitgliederbestand und die Kampfkraft der Gewerkschaften zu steigern — und das ist schließlich der Sinn der angestrebten Ausschlussklauseln in den Tarifverträgen —, werden sie sich stärker auf die aktive und allseitige Interessenvertretung der Arbeiter, Beamten und Angestellten konzentrieren müssen. Ki.

Kampf um den Kurs der IG Metall

Auffassungen von Vorstand und Mitgliedern klaffen auseinander Bericht vom 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall

Die Große Regierungskoalition in Bonn und die Fortentwicklung der SPD von einer den Arbeitnehmern verpflichteten Partei zu einer „Volkspartei“ haben nunmehr auch in der IG Metall deutliche Spuren hinterlassen. Nachdem es den Befürwortern der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung und Politik in den letzten Monaten offenbar gelungen war, die Mehrheit im Vorstand der IG Metall und insbesondere Otto Brenner in die Pflicht zu nehmen, sollte nunmehr in München auf dem 9. ordentlichen Gewerkschaftstag versucht werden, die Gesamtorganisation auf Koalitionskurs festzulegen. Das ist jedoch nicht gelungen. Wer aber erlebt hat, mit welcher Intensität Otto Brenner — oft gegen eigene Stellungnahmen aus jüngster Zeit und unter Verstrickung in immer neue Widersprüche — bemüht war, politische Tatsachen nicht zu sehen oder „neu“ zu deuten, der muß um den künftigen Kurs der IG Metall besorgt sein. Brenner hat diese Schwenkung mit einem spürbaren Vertrauensverlust bezahlen müssen: Erhielt er auf dem vorigen Gewerkschaftstag noch 396 von 401 Stimmen, so waren es diesmal nur 358 von 403 Stimmen.

Entgegen den Beschwörungen von Brenner und Wöhrle, die Politiker sollten sich hüten, aufgrund der Ereignisse in der Tschechoslowakei wieder in Zeiten des kalten Krieges zurückzufallen, verwandte der Vorstand viel Kraft darauf, vom Gewerkschaftstag den Abbruch der Kontakte zu den sowjetischen, polnischen, ungarischen und bulgarischen Gewerkschaften beschließen zu lassen. Die Prager Vorgänge wurden überhaupt in einer Weise variiert und taktisch ausgenutzt, daß man den Eindruck bekommen mußte, sie seien gerade noch rechtzeitig geschehen, um verantwortlichen Funktionären in der IG Metall das Einschwenken auf einen Kurs zu erleichtern, der sie zwar mit Leidenschaft „demokratischen Sozialismus“ für Tschechen und andere Völker fördert, läßt aber „betriebsblind“ für Probleme im eigenen Lande macht.

Diese Erkenntnis oder das Gefühl hatten auch die meisten Delegierten. So befand sich der Gewerkschaftstag sehr schnell in einer Situation, in der die emotionalen Töne von „oben“ nur auf kühle und kritische Sachlichkeit „unten“ trafen. Das Anliegen des Vorstandes, die unbefriedigende Politik des SPD-Partners in der Großen Koalition zu verdecken oder zu rechtfertigen, war nicht das Anliegen der Delegierten, die mit den harten Auswirkungen dieser Politik unmittelbar konfrontiert sind und scharfe Kritik üben. Somit ist in der IG Metall, die mit zwei Millionen Mitgliedern rund ein Drittel aller DGB-Mitglieder in ihren Reihen hat, eine Lage eingetreten, in der zwar der Vorstand — und auch nicht ohne innere Spannungen und Konflikte — einen Anpassungskurs zu steuern denkt, und andererseits die Hunderttausende Mitglieder und Funktionäre ihre an eigenen Erfahrungen orientierte kritische Grundhaltung beibehalten wollen.

Immer wieder entzündete sich die Kritik an der Mitarbeit der IG Metall in der konzertierten Aktion des Wirt-

schaftsministers und ihren Ergebnissen. Dabei wurde die Unzufriedenheit mit der Politik der Großen Koalition deutlich. „Seit eineinhalb Jahren kommt es mir vor“, leitete der Delegierte Perschke aus Bochum seinen Diskussionsbeitrag ein, „als hätte die Bundesregierung nicht nur zwei Partner in der Großen Koalition, sondern noch einen dritten, nämlich die IG Metall.“ Perschke bemängelte die Erklärungen des Vorstandes zur Notstandsgesetzgebung und zur Mitbestimmung und forderte Brenner unter Beifall auf, wieder der „eiserne Otto“ zu werden, „auf den wir stolz waren“.

Im Mittelpunkt: Konzertierte Aktion

Wie sehr es dem Vorstand der SPD und auch der IG Metall im Schatten der näherrückenden Bundestagswahlen darauf ankam, die skeptische und ablehnende Haltung der Mitgliedschaft zur Großen Koalition und zur konzertierten Aktion in Zustimmung umzuwandeln, zeigt der große Aufwand, der dieser Frage gewidmet wurde. Entgegen der bisherigen Praxis, die Gewerkschaften lohn- und tarifpolitisch auf die Vorstellungen von Regierung und Unternehmerverbände festzulegen, bezeichnete Brenner die konzertierte Aktion als „eine Gelegenheit, die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung zu diskutieren, die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich mit anderen auseinanderzusetzen, ohne damit die gewerkschaftliche Meinung irgendeiner anderen unterzuordnen“. Scharf attackierte Brenner „jeden Versuch, die Tarifautonomie anzutasten“, erklärte jedoch nicht, warum seit Bestehen der Gesprächsrunde bei Schiller die Lohnerhöhungen in der Metallwirtschaft, aber auch in den anderen Branchen, immer unter der vom Wirtschaftsminister gesetzten Leitlinie blieben.

Außenminister Willy Brandt versuchte, den Delegierten in einer als „Begrü-

ßung“ angekündigten Parteitage rede Erfolge des sozialdemokratischen Wirkens in der Koalition nachzuweisen, und Prof. Schiller, der noch am letzten Tag nach München kam, bemühte sich in seiner auf Sympathiewerbung durch Lacherfolge angelegten Rede, die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung als sozialdemokratische, genauer aber Schillersche Erfolgspolitik darzustellen, ohne dabei das Phänomen zu erklären, wie es dem kapitalistischen System in den vergangenen Jahrzehnten möglich war, die ständig wiederkehrenden Krisen zu überwinden, als an Schiller noch niemand dachte. Die konzertierte Aktion sei „kollektive Vernunft“ und er — Schiller — der „erste mitbestimmte Minister“. Um eine klare Stellungnahme für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Betrieb drückte sich der Minister, der auf dem Nürnberger SPD-Parteitag gegen diese Forderung stimmte, auch jetzt in München herum.

„Die Schonzeit muß vorbei sein!“

Jenseits aller Schönfärberei gab der Delegierte Feckler, Köln, eine realistische Einschätzung der konzertierten Aktion, wie sie vom Kongreß durch Beifall unterstrichen wurde. Die Lasten der Krise 1966/67 seien dank der konzertierten Aktion „einsiefig“ auf das Konto der Arbeitnehmer gegangen, während in der Wirtschaft durch zwei Eventualhaushalte 7,3 Milliarden gepumpt worden seien. Überdies seien den Unternehmern Steuervergünstigungen eingeräumt worden. Gleichzeitig habe man im Sozialetat „einen Kahlschlag“ vorgenommen. Die Unternehmergewinne würden dank dieser Politik um das Mehrfache der Arbeitnehmerinkommenssteigerung wachsen.

Feckler folgerte: „Es gibt keine soziale Symmetrie, sondern eine ‚asoziale Asymmetrie‘. Die konzertierte Aktion hat sich zum Nachteil der Arbeitnehmer ausgewirkt. Die mittelfristige Finanzplanung hat der Sozialpolitik ein Korsett angelegt, das jeglichen sozialen Fortschritt hemmt. Die Schonzeit für unsere sozialdemokratischen Parteifreunde im Parlament, in der Regierung muß endlich vorbei sein!“

Für Kürzung der Rüstungsausgaben

Zu einer nochmaligen Diskussion über die konzertierte Aktion kam es im Zusammenhang mit der Entschließung II „Allgemeine Wirtschaftspolitik“. Die Antragsberatungskommission hatte zu diesem Gewerkschaftstag — anders als bisher — eine Reihe von Entschließungen zu wesentlichen Fragenkomplexen vorformuliert. Infolge der Anpassungsbestrebungen des Vorstandes, die auf irgendeine Weise auch auf die unabhängige Kommission ausstrahlten, ist in diesen Entschlie-

Bungen manches „vergessen“ worden, was in vielen Anträgen ausdrücklich gefordert worden war.

So berichtete der Delegierte Schmidt aus Ludwigsburg von Anträgen, in denen der Austritt aus der konzertierten Aktion gefordert wurde und die bei der Vorformulierung der Entschließung II nicht berücksichtigt worden sind. In der Entschließung heißt es dagegen: „Die gewerkschaftliche Teilnahme an den Beratungen der konzertierten Aktion erfolgt mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen.“ Da mehr als einjährige Erfahrung aber gezeigt hat, daß dieses Ziel in einer derartigen Einrichtung nicht zu erreichen ist, wollten offensichtlich die meisten Delegierten den Austritt. In einem umständlichen und nicht kontrollierbaren Abstimmungs- und Zählverfahren kam bei 407 Delegierten ein Abstimmungsergebnis von 200:163 für die kritisierte Entschließung II zustande. „So wie hier abgezählt worden ist, sieht mir das etwas nach Manipulation aus und nicht nach einer demokratischen Abstimmung“, sagte der Delegierte Vogel in einer sofortigen Erklärung zur Geschäftsordnung.

Im übrigen verlangt die Entschließung die Kürzung der hohen Rüstungsausgaben und statt dessen mehr öffentliche Investitionen im Bereich des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens, die gesetzliche Verankerung der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wirksame Maßnahmen zur Vergrößerung der Massenkaufkraft, die arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs, eine gerechte Verteilung der Steuerlasten und die Beendigung der miettreibenden öffentlichen Maßnahmen. Jeder Eingriff, auch der konzertierten Aktion, in die Tarifautonomie wird entschieden zurückgewiesen. Die Entschließung stellt fest,

daß die Konjunkturpolitik der Regierung „im Gegensatz zur angestrebten Symmetrie“ gestanden habe.

Entspannung und Abrüstung

In der Entschließung V fordert der Gewerkschaftstag eine Politik der Abrüstung und Entspannung, insbesondere

- konkrete Abrüstungsmaßnahmen der Großmächte,
- wirksamen Abbau der Rüstungshaushalte,
- internationale Maßnahmen gegen jede kriegerische Aggression,
- den Austausch gegenseitiger Gewaltverzichtserklärungen,
- Vernichtung und Verbot aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen,
- verstärkte Bemühungen um die Verwirklichung einer international kontrollierten allgemeinen Abrüstung.

Die Delegierten fordern ferner, die Entspannungspolitik, die laut Willy Brandt und Otto Brenner in Bonn nunmehr schon betrieben wird, durch den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und durch eigene Abrüstungsmaßnahmen glaubwürdig zu machen. In der Diskussion wurde die Unvollständigkeit dieser Entschließung kritisiert. Insbesondere fehle darin die Forderung nach Verzicht auf Grenzrevisionen durch die Bundesregierung, die Anerkennung der DDR und die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an.

In einer weiteren Entschließung wird die Beendigung des Krieges in Vietnam und die Einstellung der barbarischen US-Bombenangriffe verlangt.

In einer Entschließung zur Frage der Wiedervereinigung widerspiegelt sich

das ganze ausweglose Konzept der Deutschlandpolitik von SPD und CDU. Nachdem neben einem „Bekenntnis zur Wiedervereinigung“ an gemeinsame Interessen der „Bürger in beiden Teilen Deutschlands“ erinnert wird, folgt der bezeichnende Satz: „Diesen gemeinsamen Interessen Rechnung zu tragen und mit Beharrlichkeit auf die Wiedervereinigung hinzuwirken, muß Inhalt und Ziel einer realistischen Politik sein, die von der in Europa infolge des zweiten Weltkriegs entstandenen Lage ausgeht.“

Die Entschließung selbst, die bei Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen wurde, geht von dieser entstandenen Lage nicht aus noch leistet sie einen Beitrag zu einer realistischen Politik. Sie versäumt, jene Voraussetzungen von Bonn zu fordern, die überhaupt erst eine Atmosphäre schaffen könnten, in der Wiedervereinigungsgedanken reifen: die Anerkennung der DDR und die Bereitschaft zu gleichberechtigten Verhandlungen; den Verzicht auf den Alleinvertragsanspruch, auf Atomwaffen und Grenzrevision.

Aktionsprogramm zur Durchsetzung der Mitbestimmung

Die Behandlung und Verabschiedung der Gesetzesvorschläge des DGB zur paritätischen und betrieblichen Mitbestimmung durch das Parlament „noch in dieser Legislaturperiode“ forderte der Gewerkschaftstag in einer weiteren Entschließung. Die Delegierten verabschiedeten, gegen den anfänglichen Widerstand der Antragskommission, auch einen Antrag, in dem der IG-Metall-Vorstand aufgefordert wird, „Maßnahmen vorzubereiten, um auch über den Abschluß von Tarifverträgen eine Erweiterung der Mitbestimmung durchzusetzen“. Zur Realisierung der Mitbestimmungsforderungen des DGB soll ein Aktionsprogramm erarbeitet werden, wobei davon auszugehen sei, daß „höchste gewerkschaftliche Aktivität“ erforderlich sein wird.

Kritik fand bei den Delegierten die Äußerung Otto Brennens, daß an Streik bei der Durchsetzung der Mitbestimmungsforderungen nicht gedacht sei. In einem Initiativantrag mit 82 Unterschriften sollte der Vorstand beauftragt werden, „zur Durchsetzung der Mitbestimmung auch das Mittel des Streiks einzusetzen“. Dieser Antrag fand nur deshalb nicht die Mehrheit, weil der Sprecher der Antragskommission unter Hinweis auf den zuvor verabschiedeten Antrag 160 glaubhaft machen konnte, daß „höchste gewerkschaftliche Aktivität“ letztlich auch den Streik einschließe.

Willy Brandt orientierte in seiner Ansprache in der Mitbestimmungsfrage bereits auf die nächste Legislaturperiode des Bundestages. Er meinte, es könne sein, daß die SPD in dieser Legislaturperiode bis 1969 nicht mehr

SCHILLERNDE WORTE

Auf dem an passenden Zufällen so reichen 9. Gewerkschaftstag der IG Metall Anfang September in München hat noch am letzten Tag die Zufallsregie versagt. Als Wirtschaftsminister Prof. Schiller vor den Kongress trat, um den Delegierten von diversen Vorzügen der „neuen“ Wirtschaftspolitik, der konzertierten Aktion und der sozialen Symmetrie zu berichten, blättern gleichzeitig Delegierte und Journalisten im DGB-Organ „Welt der Arbeit“ vom Vortage, das Schillers Worte in sehr eigenwilliger Weise untermalte.

Der Wirtschaftsminister erklärte: „Die Talsohle der Rezession liegt nun hinter uns.“ — Die Schlagzeile der „WdA“ (S. 8) lautete: „Die Löhne stecken noch immer in der Talsohle.“

Prof. Schiller lobte sich ausgiebig wegen der in seiner Zielprojektion für 1968 versprochenen Lohn- und Gehaltssteigerung „um 4 bis 5 Prozent“. — In der „WdA“ stand in Auswertung der jetzt vorgelegten Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über die Entwicklung der ersten Monate dieses Jahres zu lesen: „Die Durchschnittslöhne erhöhten sich um 2,7 v. H., der Wirtschaftsbericht (Prof. Schillers — d. V.) sah eine Steigerung von 3,6 v. H. vor. Die Gewinnsumme stieg um 19 v. H., während im Plan nur eine Steigerung von 11,8 v. H. vorgesehen wurde.“

Ein Raunen ging durch die Delegiertenreihen, als Schiller für das Wahljahr 1969 Lohn- und Gehaltssteigerungen von „um 6 Prozent“ ankündigte. — Die Tarifverträge der IG Metall (wie auch anderer Gewerkschaften) laufen nämlich bis Oktober 1969... —ie-

mit ihren eigenen Vorstellungen zur Mitbestimmung durchdringe. Wenn sie keinen Erfolg mehr habe, müsse man sagen, beide — SPD und Gewerkschaften — hätten gemeinsam keinen Erfolg gehabt. Daß in dieser merkwürdigen „Gemeinsamkeit“ die Gewerkschaften drängten und die SPD bremste, blieb unausgesprochen.

Notstandsgesetze und Neonazismus

Widersprüchlich ist die Aussage des Gewerkschaftstages zum Thema Verteidigung der Demokratie. In der Entschliebung zu den Notstandsgesetzen wird vor jedem Mißbrauch dieser Gesetze gewarnt für diesen Fall die Anwendung des politischen Streiks angedroht. Für die Zukunft sei äußerste Wachsamkeit geboten. Die Gewerkschafter wollen die demokratische Ordnung „in der Stunde der akuten Gefahr“ mit allen Mitteln schützen. Auch Willy Brandt erklärte, „im buchstäblichen Sinne des Wortes auf die Barrikaden gehen“ zu wollen, wenn jemand versuchen sollte, die Notstandsgesetze zu mißbrauchen. Das war auch der Grundtenor der diesbezüglichen Ausführungen Otto Brenners.

Damit wäre also der Kampf gegen die Notstandsgesetze in die Zukunft und „auf die Stunde der Gefahr“ verschoben. Gegenwärtig wünschen beide — Brenner und Brandt — diesen Kampf nicht, der sich gegen die sogenannte legale Anwendung dieser Gesetze richten müßte. Vor allem wäre der SPD dieser Kampf unangenehm, weil er ihre Ambitionen für die Bundestagswahl 1969 stören könnte. Die Gewerkschafter könnten sich ihrer alten Forderung erinnern, keinen Kandidaten zu wählen, der für die Notstandsgesetze gestimmt hat.

Im Antrag 95 hatte die Verwaltungsstelle Remscheid gefordert, den DGB zu veranlassen, vor den Bundestagswahlen die Öffentlichkeit in Wort und Schrift über das Verhalten der Parteien und ihrer Abgeordneten während der laufenden Legislaturperiode aufzuklären. Die Delegierten entschieden sich in einer Abstimmung für die Annahme dieses Antrags. Mit geradezu rücksichtsloser Unbekümmertheit, die das ganze Ausmaß der Anpassungsbestrebungen an den SPD-Kurs verriet, erklärte die Kongregleitung unter Protestrufen und bewegter Unruhe den Antrag zu „Material für den Vorstand“.

Der neonazistische NPD wurde vom Gewerkschaftstag der IG Metall der Kampf angesagt. In der verabschiedeten Entschliebung wird eine verstärkte Aufklärungsarbeit über den Rechtsradikalismus und das Verbot der NPD gefordert. Unbegreiflich ist in diesem Zusammenhang, daß die Antragskommission einen Initiativantrag zurückziehen ließ, in dem auf eine neue, realistische Möglichkeit zur Bekämpfung

der NPD hingewiesen wird: „Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall ist... der Auffassung, daß die NPD als Nachfolge-Organisation der NSDAP und der SRP durch die Innenminister der Länder aufzulösen ist. Die Innenminister der Länder werden hierzu ersucht, die Realisierbarkeit dieses Weges zu prüfen und gegebenenfalls die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.“

Der Sprecher der Antragskommission wehrte sich bis zur Peinlichkeit dagegen, daß ein solcher Passus in die vorbereitete Entschliebung aufgenommen wird. Wenn man dazu noch erfährt, daß auf Betreiben von Vorstandsmitgliedern eine Erklärung der IG Chemie-Papier-Keramik nicht verteilt werden durfte, in der ebenfalls auf diesen kurzfristig gangbaren Weg der Auflösung der NPD durch die Länderminister hingewiesen wurde, so fragt man sich besorgt nach den Motiven dafür.

Zum Thema Verteidigung der Demokratie wäre noch nachzutragen, daß sich der Gewerkschaftstag, vorbereitet durch einige scharfmacherische Reden und unwahre Behauptungen, bewegen ließ, die Anträge, die eine Aufhebung des KPD-Verbots forderten, mit Mehrheit abzulehnen.

Abgebrochene Ostkontakte

In der Frage der Ostkontakte, die zu den Gewerkschaften der am Einmarsch in die CSSR beteiligten Länder laut Entschliebung XIII unterbrochen und erst wieder aufgenommen werden sollen, wenn in der CSSR Verhältnisse hergestellt sind, „wie sie vor dem Eingreifen der UdSSR bestanden“, geriet der Vorstand in große Bedrängnis. Weil ja die IG Metall die Beziehungen zu den amerikanischen Gewerkschaften, die den Vietnamkrieg Johnsons billigen, nicht abgebrochen hat und weil sie auch die besten freundschaftlichen Kontakte zum israelischen Gewerkschaftsbund Histadruth unterhält, der die Aggression Israels gegen die arabischen Nachbarländer hell begrüßte, wollte vielen Delegierten die moralische Empörung Otto Brenners über die UdSSR nicht logisch erscheinen. Und so sagten sie es in der Diskussion und bekamen deutlichen Beifall.

Diesen Delegierten mißfiel es auch, sich durch den Abbruch der Ostkontakte plötzlich in einer Front mit den Gegnern der Mitbestimmung und den Befürwortern der Notstandsgesetze zu sehen. Auf die Frage von NACHRICHTEN an Otto Brenner, ob der Vorstand der IG Metall wirklich glaube, daß er die Ostkontakte immer dann haben könne, wenn es der IG Metall politisch gerade opportun erscheint, fand er nur die Antwort, das hänge von der anderen Seite ab. Schließlich wurde der Antrag XIII nach einer emotionalen Rede des Sprechers der Antragskommission, Wag-

ner (West-Berlin), und nach verfälschter Wiedergabe einer DDR-Rundfunkmeldung durch den Kongreßleiter Schwab gegen etwa 25 bis 30 Stimmen und ebensovielen Enthaltungen angenommen.

Wieder aktive Tarifpolitik

„Die aktive Tarifpolitik der IG Metall wird auch in Zukunft fortgesetzt.“ So lautet die Forderung in der Entschliebung zur Tarifpolitik. Weitere Entschliebungen und Anträge wurden verabschiedet zu den Fragen Automation und technischer Fortschritt, Sozialpolitik, Arbeitssicherheit, Reform des Schulwesens, zur Zusammenarbeit mit Professoren, Studenten und Schülern, zur Pressekonzentration und Berufsausbildung. Der Gewerkschaftstag fordert Antikriegskundgebungen zum 1. September jeden Jahres, die Ablehnung der Wehrsteuer, die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre, eine wirksame Vermögensbildungspolitik im Sinne der Arbeitnehmer, die Beendigung der Mietpreistreibeerei und die volle Zahlung von Zuschüssen an die Rentenversicherungen. Organisationspolitisch ist die Einführung einer Freizeitversicherung der IG Metall für alle Mitglieder und die Erhöhung der Streikunterstützungen von Bedeutung.

Wenngleich der Vorstand auf diesem Gewerkschaftstag, anders als früher, eine hemmende statt vorwärtsdrängende Rolle spielte und obwohl manche Beschlüsse in wesentlichen Fragen die realpolitische Einschätzung und

Weitere Berichte über den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, insbesondere zu den tarif- und sozialpolitischen Fragen, bringen wir im Oktober-Heft der NACHRICHTEN.

D. Red.

notwendige Aussage vermissen lassen, ist das Bemerkenswerte an diesem Gewerkschaftstag die unveränderte gesellschaftskritische Grundhaltung in der Breite der Organisation, wie sie in den weitaus meisten Diskussionsreden der Delegierten zum Ausdruck kam. Ebenso bieten auch die Beschlüsse des 9. Gewerkschaftstages genügend Möglichkeiten zu einer fortschrittlichen Tarif- und Gesellschaftspolitik der IG Metall. Aber man wird sie, wie die Dinge nun liegen, nicht mehr so sehr „von oben“ erwarten können. In der IG Metall werden die Gegner einer opportunistischen Anpassung an parteipolitische Erfordernisse stärker als bisher auftreten und um die Verwirklichung der gewerkschaftspolitischen Erfordernisse kämpfen müssen.

Gerd Siebert

HBV-Gewerkschaft wurde aktiver

Bremer Gewerkschaftstag vor wichtigen Entscheidungen Stärkeres Engagement in politischen Fragen

Vom 15. bis 20. September wird in Bremen der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen stattfinden. Mit 137 000 Mitgliedern, die zu dem Gewerkschaftstag 131 Delegierte entsenden, zählt HBV zu den kleineren Gewerkschaften im DGB. Von ihrem Organisations- und Arbeitsgebiet her gesehen — Handel, Banken, Versicherungen und andere Dienstleistungsbereiche — kommt der Gewerkschaft HBV jedoch eine nicht geringe Bedeutung zu, die mit der Entwicklung der Wirtschaft in unserer Zeit noch wachsen wird.

Unter der Leitung ihres jungen und dynamischen 1. Vorsitzenden Heinz Vietheer, der nach dem letzten Gewerkschaftstag in diese Funktion berufen wurde, hat HBV eine beachtliche gewerkschaftspolitische Aktivität entwickelt. Das widerspiegelt sich auch in Zahl und Inhalt der Anträge zum Gewerkschaftstag. Hatte der letzte Gewerkschaftstag 1964 187 Anträge zu behandeln, so der jetzige 241 Anträge und Entschlüsse.

Besonders auffällig ist das sprunghafte Ansteigen der Zahl der Anträge, die politische Fragen betreffen. 1964 waren es ganze sechs, jetzt sind es 47 Anträge und Entschlüsse. Dabei vermisst man allerdings einen Antrag zum Atomwaffen-Sperrvertrag und zu der ablehnenden Haltung, die die Bundesregierung zur Unterzeichnung dieses Vertrages einnimmt. Eine konsequente Friedenspolitik fordert ein vom Hauptausschuß der HBV-Gewerkschaft gestellter Antrag mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren, durch „1. Aufgabe des jeweils erhobenen Alleinvertretungsanspruches . . . , 2. Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, 3. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, 4. Austausch von Gewaltverzichtserklärungen beider deutscher Staaten, 5. Bereitschaft zum Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt“. Die Ortsverwaltung Frankfurt fordert in einem Antrag „von der Bundesregierung die völkerrechtliche Anerkennung der DDR“.

Zehn Anträge und Entschlüsse begrüßen die vom DGB aufgenommenen Kontakte mit den Gewerkschaften sozialistischer Staaten und fordern, in diese Kontakte auch die Gewerkschaften der DDR einzubeziehen. In mehreren dieser Anträge wird die Ausdehnung der Kontakte mit den Gewerkschaften sozialistischer Staaten auch auf die Landesbezirksebene gefordert. Sechs weitere Anträge und Entschlüsse fordern die Einstellung des USA-Krieges gegen Vietnam und der Unterstützung dieses Krieges durch die Bundesregierung.

Acht Anträge bekräftigen die ablehnende Haltung der DGB-Gewerkschaften zu den Notstandsgesetzen. Nur

der Antrag des Landesbezirksvorstandes Hessen bezieht sich auf die Situation nach Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den Bundestag. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen beschränken sich jedoch auf die Bekämpfung eines etwaigen „Mißbrauchs“ sowie Schulung und Aufklärung über Inhalt und Auswirkungen der Gesetze. In einem der Anträge zur Satzung fordert die Ortsverwaltung Frankfurt folgenden Passus: „Unverzügliche Ausrufung des Generalstreiks durch den Hauptvorstand im Falle mißbräuchlicher Anwendung der Notstandsgesetze.“ In drei Anträgen wird das Verbot der NPD verlangt. Zwei Anträge sprechen sich für die Aufhebung des Verbotes der KPD aus, während die Landesbezirkskonferenz Bayern die öffentliche Diskussion des KPD-Programmentwurfes fordert.

In einem Antrag der Ortsverwaltung Bremen wird der HBV-Hauptvorstand aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Verwirklichung der Forderungen des DGB-Aktionsprogramms, besonders der Mitbestimmung, zu unternehmen. Zur Verbesserung und Ausweitung der betrieblichen und qualifizierten Mitbestimmung liegen dem Gewerkschaftstag 20 Anträge und Entschlüsse vor.

Widerspiegelt sich in diesen Anträgen die konsequente Haltung, die die HBV-Gewerkschafter in dieser Frage einnehmen, so macht sich in einigen der 12 Anträge zur Wirtschaftspolitik, zur konzertierten Aktion und zur sozialen Symmetrie deutlich bemerkbar, welche Illusionen über die Wirtschaftspolitik Schillers und der Großen Koalition es in den Reihen der Gewerkschaften bis jetzt noch gibt. Von der klaren Aussage des DGB-Grundsatzprogramms, die „Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung aller Besitz- und Machtverhältnisse geführt“, ist darin nichts zu spüren, obwohl sich doch an diesen Verhältnissen durch die Große Koalition nicht das geringste geändert hat. Lediglich der Landesbezirksvorstand Hessen fordert in seinem Antrag „eine umgehende Beendigung der Mitarbeit in der konzertierten Aktion“, während drei weitere Anträge dann

ein Ausscheiden der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion befürworten, wenn die „soziale Symmetrie“ nicht verwirklicht wird.

38 Anträge und Entschlüsse befassen sich mit den Problemen und Aufgaben der Sozialpolitik. In den 52 Anträgen und Entschlüssen zur Tarifpolitik werden u. a. eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, Vereinbarungen über Automations- und Rationalisierungsschutz, die Sicherung der Effektivverdienste, die Abschaffung der Ortsklassen und ein Urlaubsgeld verlangt. Nicht verständlich ist es, warum der Hauptvorstand mit einem von ihm vorgelegten Antrag, der den Abschluß von Schlichtungsvereinbarungen befürwortet, die Handlungsfreiheit der Gewerkschaft bei Tarifauseinandersetzungen selbst einengen will.

Veränderungen der Satzung und Organisationsfragen haben 42 Anträge zum Inhalt. Dabei geht es u. a. um eine Veränderung der Beitragsklassen und der Beitragshöhe, eine Erhöhung der Streikunterstützung, die Organisationsabgrenzung im DGB, die Verstärkung der Fach- und Personengruppenarbeit, wozu die Forderung gehört, den Abbau der Jugendsekretäre durch den DGB wieder rückgängig zu machen.

Die Delegierten des 7. HBV-Gewerkschaftstages werden also ein umfangreiches, viele komplizierte Probleme und Aufgaben umfassendes Arbeitspensum zu bewältigen haben. Viele der vorliegenden Anträge und Entschlüsse bieten eine ausreichende Grundlage für die Beschlußfassung des Gewerkschaftstages und die künftige Arbeit der Gewerkschaft. Doch kann das nicht von allen gesagt werden. Die Delegierten sind in ihren Entscheidungen souverän. Man kann im Interesse der Gewerkschaft HBV nur hoffen, daß sie einen konstruktiven Gebrauch von dem Mandat machen, das sie von den Mitgliedern erhalten haben. A.B.

Zwei Kandidaten für IG-Druck-Vorsitzenden

Auf dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier vom 20. bis 26. Oktober 1968 in Koblenz stehen für die Nachfolge des verstorbenen Vorsitzenden dieser Gewerkschaft, Heinrich Bruns, zwei Kandidaten zur Wahl: Leonhard Mahlein, Landesbezirksvorsitzender in Bayern, und Herbert Schwiedel, Landesbezirksvorsitzender in Niedersachsen. Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, der sich ebenfalls um den Posten des 1. Vorsitzenden bewarb, schied in einer Vorabstimmung im August aus.

Mit den Argumenten am Ende

Kampfschrift des Industrie-Instituts gegen Mitbestimmung Auch Montan-Mitbestimmung als „Fremdkörper“ verunglimpft

Das Deutsche Industrie-Institut der Unternehmer hat eine „Mitbestimmung — Forderungen und Tatsachen“ betitelte Broschüre herausgebracht, die weit mehr bietet, als der Titel verspricht. Sie ist eine Offenbarung der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände, die einen Blick in ihr stockreaktionäres Inneres gestattet. Sie macht aber auch schwarz auf weiß sichtbar, daß die Unternehmer mit ihren Argumenten gegen die Mitbestimmung am Ende sind, was nicht heißt, daß sie aufhören werden, diese immer wieder aufs neue zu wiederholen.

In der 70 Seiten langen Schrift wird mit vielen Worten versucht, die paritätische Mitbestimmung, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, als überflüssig und sogar schädlich für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer selbst darzustellen. Lang und breit werden die bekannten Unternehmerargumente vorgetragen: Die Mitbestimmung stört das soziale Gleichgewicht; sie verbürokratisiert die Wirtschaft; sie lähmt die Wettbewerbsfähigkeit; sie durchlöchert den Grundsatz des Privateigentums; sie bringt den Arbeitnehmern keine Vorteile; sie ändert nichts am Arbeitsplatz; sie hat nichts mit Demokratie zu tun; sie soll nur das Machtstreben von Gewerkschaftsfunktionären befriedigen.

In der offenbar bereits aus dem neu gebildeten Kampffonds gegen die Mitbestimmung finanzierten Broschüre wird allen Ernstes und den Erfahrungen der Krise 1966/67 zum Trotz behauptet, die Arbeitnehmer seien heute gleichberechtigt in der Gesellschaft eingegliedert und durch einen „sozialen Schutzwall“ von Gesetzen ausreichend gesichert (S. 4/5). „Gesetze und Tarifverträge haben die sozialen Risiken des Arbeitnehmers heute... weitgehend abgefangen.“ Und in den Betrieben haben die Arbeiter und Angestellten laut DI „Rechte, die in dieser Form einmalig sind“. Das Übel besteht darin, daß der Öffentlichkeit weithin unbekannt sei, „wie stark der Einfluß der Arbeitnehmer auf die sozialen, personellen, aber auch auf die wirtschaftlichen Entscheidungen in den Betrieben bereits heute ist“.

Das Deutsche Industrie-Institut zählt dann eine Reihe von Ländern auf, in denen es solche Mitbestimmung nicht gibt: Holland, Luxemburg, Schweiz, Griechenland... Es fehlt das Argument, daß es in Saudiarabien noch Sklaven gibt und die deutschen Arbeitnehmer eigentlich froh sein sollten, daß ihnen dieses Schicksal erspart geblieben ist. Die Argumentation des DI, das so tut, als sei in der Bundesrepublik schon die fortschrittlichste aller Lösungen für die soziale und gesellschaftliche Stellung der Arbeitnehmer gefunden, zeigt die ganze Schwachposition der Mitbestimmungsgegner.

In der Broschüre fehlt auch nicht das Ablenkungsmanöver mit dem Betriebs-

verfassungsgesetz, das es — statt Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung — „richtig auszunutzen“ gelte. Die vom DGB geforderte paritätische Besetzung der Aufsichtsräte aller Großunternehmen wird mit kompromißloser Schärfe attackiert, weil sie ins Zentrum der Macht und Alleinherrschaft der Unternehmer und ihrer Manager über die Volkswirtschaft zielt. So wird vom DI auch die Montanmitbestimmung als „Fremdkörper“ unter Beschuß genommen. Die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl, die der DGB auf alle Großunternehmen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften ausgedehnt wissen will, dürfe nur als „Ausnahme“ gelten.

„Würde die Mitbestimmung auf weite Bereiche der Wirtschaft oder auch nur auf die Großunternehmen ausgedehnt, dann würde die bisherige Ausnahme zur Regel“, befürchtete das DI. „Ist der überwiegende Teil der Wirtschaft ‚demokratisiert‘ und zentral von den Gewerkschaften gesteuert, dann wird unsere auf dem Privateigentum und der privaten Initiative beruhende Wirtschaftsordnung zerstört. Wir hätten dann... nicht einfach ‚mehr Mitbestimmung‘, sondern ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem.“

Mit dieser Feststellung offenbart das DI im Namen der Unternehmerverbände und der Monopole, worum es ihnen hinter dem Rauchvorhang der Scheinargumente gegen die Mitbestimmung wirklich geht: die autoritäre und hierarchische Unternehmerherrschaft in der Volkswirtschaft soll unangetastet, die Verfügungsgewalt soll ungeteilt in den Händen der berüchtigten 96 (und ein paar Dutzend) Manager der Macht bleiben. Sie fürchten jede demokratische Veränderung, jeden gesellschaftlichen Fortschritt — in der Wirtschaft ebenso wie im Staate. Die Schrift verweist ausdrücklich darauf, daß es den Gewerkschaften darauf ankomme, mit der Mitbestimmung „eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten“, wie es auch im DGB-Grundsatzprogramm steht.

Die Monopolmanager haben also den Kern der Dinge erfaßt. Nicht die „Gefährdung des Wettbewerbs“ oder was immer wollen sie durch ihre Gegnerschaft zur Mitbestimmung abwenden,

sondern es geht ihnen um die Sicherung ihrer Macht. Die Gewerkschaften argumentieren, das muß man in diesem Zusammenhang sagen, nicht selten viel zu defensiv, wenn es um die Durchsetzung ihres berechtigten Mitbestimmungsanspruchs geht. Der Kampf um Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist kein Kampf um „echte Partnerschaft“ im Betrieb, sondern um Einflußnahme der Arbeiter und Angestellten auf den Wirtschaftsablauf, ist Kampf für die Zurückdrängung der Alleinherrschaft der Monopole. Das sollte künftig von den Gewerkschaften klarer ausgesprochen werden, denn der Kampf um die Verwirklichung der Mitbestimmung gerät in die Sackgasse, wenn es den Unternehmerfunktionären gelingt, aus dem erklärten Streben nach „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft“ und nach wirtschaftlicher Machtausübung im Sinne der Arbeitnehmerinteressen einen Vorwurf mit quasi-staatsfeindlichem Charakter zu machen.

Die Arbeitgeber versäumen schließlich in der Broschüre des DI nicht, ein Lippenbekenntnis zur Mitbestimmung abzulegen. „Mitbestimmung ist not-

NACHRICHTEN

für den aktiven Gewerkschafter

wendig — aber nicht diese“, ist der Tenor ihres „Bekenntnisses“ zum gesellschaftlichen Fortschritt. Der „Grundgedanke der Mitbestimmung“ sei richtig, heißt es auf Seite 66; „es geht nur um die richtige Form und das richtige Ausmaß“. Natürlich sind Form und Ausmaß einer unternehmerseitig akzeptablen Mitbestimmung noch nicht gefunden; und Form und Ausmaß der von den Gewerkschaften empfohlenen und gangbaren Mitbestimmung, die als solche anzusprechen ist, sind wiederum nicht akzeptabel...

Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg traf genau ins Schwarze, als er kürzlich erklärte, die Mitbestimmungsfrage sei lange ausdiskutiert, alles andere seien nur billige Ausflüchte und verlogene Vorwände, sich dem demokratischen Fortschritt zu entziehen. Die neueste Rechtfertigungsschrift der Unternehmer bestätigt diese Auffassung ein übriges Mal. Die Gewerkschaften sollten die Situation, in der die Herren der Monopole offensichtlich mit ihrem Antimitbestimmungs-Latein am Ende sind, für sich nutzen und den Druck auf die Parteien verstärken, um kurzfristig zu einer fortschrittlichen gesetzlichen Lösung der Mitbestimmungsfrage zu kommen.

G. S.

Dauerkrise in der Textilindustrie

**Seit 1962 rund 100 000 Arbeitsplätze verloren
Mit weniger Arbeitern hohe Produktionssteigerung**

Die Textilindustrie als der größte Konsumgüterzweig im Bundesgebiet hat die Krise besonders hart zu spüren bekommen. Wie der Gesamtverband der Textilindustrie in seinem Jahresbericht für 1967 feststellte, fiel der Umsatz im Berichtsjahr um 7,5 Prozent auf 19,5 Milliarden DM. Die Produktion wurde um 7 Prozent gedrosselt. Damit ist die Produktion in der Textilindustrie wesentlich stärker zurückgegangen als in der Gesamtindustrie, die 1967 im Durchschnitt Erzeugungseinbußen von etwas über 2 Prozent hinnehmen mußte.

Hauptleidtragende dieser Entwicklung waren — und wie könnte es unter den Bedingungen einer kapitalistischen Profitwirtschaft und einer unternehmerfreundlichen Regierungspolitik auch anders sein! — die Textilarbeiter. Sie mußten 1967 nicht nur für den allgemeinen Konjunkturverfall bezahlen, sondern darüber hinaus auch noch die Lasten der nun schon Jahre andauernden Textilkrise tragen.

Folgende Zahlen geben darüber hinreichend Aufschluß: Die Beschäftigung in der Textilindustrie nahm im ver-

Gewerkschaftstag Textil - Bekleidung

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil—Bekleidung findet vom 16. bis 21. September 1968 in West-Berlin statt. Von der komplizierten Problematik, mit der sich die Gewerkschaft insbesondere in der Textilindustrie konfrontiert sieht und die den Hauptteil der Beratungen der Delegierten einnehmen dürfte, vermittelt der nebenstehende Bericht einen Eindruck. Mindestens ebenso viele Arbeitnehmer wie in der Steinkohlenwirtschaft sind in der Textilbranche von Entlassungen, Stilllegungen, Einkommensminderungen usw. betroffen. Es wird Zeit, diesen Fragen künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen und nach Lösungen zu suchen.

gangenen Jahr mit 9 Prozent weitaus stärker ab als der Umsatz und die Produktion. Mit 490 000 Arbeitnehmern waren in der Textilindustrie rund 50 000 Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt als im Jahr 1966. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden blieb als Folge von Kurzarbeit sogar um 12 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Damit wurden den westdeutschen Textilarbeitern neben dem Verlust von 50 000 Arbeitsplätzen auch noch Einkommenseinbußen von 250 Millionen DM zugemutet. Die Unfähigkeit von Unternehmern und Regierung, Produktion und Absatz langfristig zu planen und an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen

auszurichten, hat in fast allen Bereichen der Textilindustrie zu einer verstärkten Existenzunsicherheit geführt. Allein von 1962 bis 1967 gingen 500 Textilbetriebe mit zusammen rund 100 000 Arbeitsplätzen verloren. Diese Entwicklung, deren Ende vorerst noch nicht abzusehen ist, hat mit „Gesund-schrumpfen“ nichts mehr zu tun.

Sieht man einmal davon ab, daß es vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen sind, die der verfehlten Regierungs- und Konzernpolitik zum Opfer fallen, so waren es auch hier die Textilarbeiter, die durch verschärfte Ausbeutung die Zeche bezahlen mußten. Seit 1958 wurde mit einer um 20 Prozent reduzierten Gesamtbelegschaft eine um fast 50 Prozent höhere Produktion erzielt. In welchem Maße sich die Arbeitsproduktivität erhöhte, davon zeugt die Tatsache, daß sich die Produktionsergebnisse je Arbeiterstunde in der Gesamtindustrie von 1960 bis 1966 um knapp 47 Prozent verbesserten, während sie in der Textilindustrie um 57 Prozent stiegen. 1966 war der textilindustrielle Umsatz mit über 21 Milliarden DM um 4,5 Milliarden DM höher als 1960. Dabei sind die Rationalisierungsmaßnahmen, für die die Textilindustrie seit 1960 rund 7 Milliarden DM aufwendete, wovon allein 2 Milliarden DM auf das Jahr 1966 entfielen, noch längst nicht abgeschlossen. Vielmehr ist zu befürchten, daß es zu neuen Betriebsstilllegungen, Produktionsverlagerungen und Entlassungen kommt.

Wenn auch die Textilindustrie im ersten Quartal 1968 ihren Umsatz um 15 Prozent erhöhen konnte, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nach wie vor dem Druck verstärkter Textileinfuhren ausgesetzt ist, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres einen Gesamtwert von 1,5 Milliarden DM (ohne Rohstoffe) erreichten, wodurch das entsprechende Vorjahresergebnis mengenmäßig um fast 20 Prozent und wertmäßig um 9 Prozent übertroffen wurde. Bonn weiß sehr wohl, wie es um die Textilindustrie bestellt ist. Dennoch hat die Regierung bisher nichts unternommen, um längst überfällige Hilfsmaßnahmen für diesen Wirtschaftszweig einzuleiten, obwohl solche Schritte vom nordrhein-westfälischen Landtag, von den Textilindustriellen und der Gewerkschaft eindringlich gefordert worden sind. Bü.

Weiter Kohlenkrise

Die Bergarbeiter dürfen sich von der augenblicklichen Ruhe in den westdeutschen Steinkohlenrevieren nicht täuschen lassen. Zwar ist der Kohleabsatz erstmals seit 1963 wieder leicht gestiegen und bei den Haldenbeständen ein Abbau auf 14,4 Millionen Tonnen eingetreten. Doch wer nun glauben sollte, daß der „Sturzflug der Kohle vorbei“ sei, wie es beispielsweise Bundeswirtschaftsminister Schiller auf dem 9. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie behauptete, der unterliegt einem gewaltigen Irrtum. Denn der kurzen Periode der Ruhe werden mit Sicherheit neue Zechenstilllegungen und Massenentlassungen folgen.

Die leichte Belebung am Kohlemarkt trägt nur vorübergehenden Charakter und ist eindeutig auf Sonderfaktoren zurückzuführen, die sich nicht ständig wiederholen werden. Dabei ist an erster Stelle der allgemeine Konjunkturaufschwung zu nennen, von dem besonders die Stahlindustrie und die Elektrizitätswirtschaft als Hauptabnehmer der Kohle profitieren. Doch bei dem anhaltenden Umorientierungsprozeß der Wirtschaft auf die neuen Energieträger (Erdöl, Erdgas und Atomkraft) und den technischen Veränderungen dürften diese Sonderfaktoren selbst bei einem Fortdauern der Konjunktur ihre Wirksamkeit bald verlieren.

In Bonner Regierungskreisen ist man sich dieser Tatsache sehr wohl bewußt, auch wenn man mit Rücksicht auf die kommende Bundestagswahl nicht mit der vollen Wahrheit herausrückt. Jedenfalls erklärte Staatssekretär Arndt vom Bundeswirtschaftsministerium, die Regierung sehe keinen Grund, von ihren bisherigen energiepolitischen Überlegungen abzugehen, daß bis Ende 1971 noch rund 20 Millionen Tonnen Förderkapazitäten im Steinkohlenbergbau stillgelegt werden sollen. Auch im Bonner Protokoll zur Gründung einer Ruhrbergbau AG werden weitere Zechenstilllegungen für unerläßlich gehalten, wobei man gleichfalls die Zahl von 20 Millionen Jahrestonnen nannte.

Angeichts einer solchen Perspektive ist es unverständlich, wenn der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie überhaupt noch an der „konzertierten Kohleaktion“ des Bundeskabinetts mitarbeitete, zumal feststeht, daß der Gesundheitschungsprozeß im Bergbau auch unter der Regierung der Großen Koalition ausschließlich zu Lasten der Bergarbeiter geht. Ganz zu schweigen davon, daß mit der Preisgabe von weiteren Millionen Tonnen Förderkapazitäten Milliarden DM an Volkvermögen vernichtet werden und der Einfluß der internationalen Ölkonzerne am westdeutschen Energiemarkt ins Unermeßliche wachsen muß. G. B.

Gefahr durch Produktivitätszuwachs

Bessere Berufsausbildung und aktive Lohnpolitik wichtige Elemente für das Wirtschaftswachstum

Die Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik wird zur Folge haben, daß die Wirtschaft im Jahre 1970 fast 3 Millionen Erwerbstätige weniger benötigt, um das Bruttosozialprodukt des Jahres 1967 zu erzeugen. Dieser enorme Produktivitätsfortschritt macht deutlich, welche Gefahren die technische Entwicklung im Kapitalismus für die Arbeiterschaft mit sich bringt, wenn nicht ein entsprechendes Wirtschaftswachstum erreicht oder die Arbeitszeit im gleichen Umfang herabgesetzt wird.

Die Situation läßt erkennen, daß in der Auseinandersetzung um die Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung vor allem der Rationalisierungsschutz von hervorragender Bedeutung ist. Dabei ist die Forderung nach einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Personalfragen und die Forderung nach langfristiger Personalplanung und ausreichender Mitteilungspflicht der Unternehmer ebenso wichtig wie die Schaffung betrieblicher und staatlicher Berufsförderungs- und Umschulungsmöglichkeiten.

Obwohl die technische Entwicklung strukturelle Änderungen unvermeidlich macht, gibt es in der übergroßen Mehrheit der Betriebe in der Bundesrepublik keine Personalplanung, so daß es den Arbeitnehmern, die infolge Rationalisierung und Automatisierung ihren Arbeitsplatz verlieren, nicht möglich ist, sich rechtzeitig für einen Arbeitsplatzwechsel durch entsprechende Vorbereitungen, wie z. B. Umschulungen, zu qualifizieren. Nach einer Untersuchung des Rationalisierungskuratoriums der Wirtschaft (RKW) werden zwar in 69 Prozent der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten, die Investitionen, in 59 Prozent die Finanzen und in 52 Prozent die Produktion langfristig geplant. Aber nur in 18 Prozent der Betriebe gibt es eine Personalplanung. Die Welt der Arbeit stellt dazu fest: „Maschinen werden sorgfältiger behandelt als Menschen, wenn nicht genügend Arbeit vorhanden ist, dann kann man sich leicht von den überzähligen Arbeitnehmern trennen, schwerer aber von untätigen Maschinen.“

Je mehr der Wachstumsprozeß in der Wirtschaft zu einer Strukturveränderung führt, um so wichtiger ist es, die Ausbildung und Qualifizierung unvermeidlich freigesetzter Arbeitskräfte energisch zu fördern, um ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß möglich zu machen. Das heißt, daß die Wiedereingliederung nicht zuletzt ein Bildungs- und Ausbildungsproblem ist. Die notwendige Umschulungsquote, die sich — international gesehen — aus dem Tempo des technischen Fortschritts ergibt, beträgt gegenwärtig im Durchschnitt 2 Prozent. Auf die Bundesrepublik bezogen bedeutet dies, daß jährlich fast eine halbe Million Arbeitnehmer vor dieser Notwendigkeit stehen.

Weder Bundesregierung noch Bundestagsparteien, weder Unternehmerverbände noch Berufsorganisationen können heute daran vorbeigehen, daß technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum weitgehend vom Zustand, der Wirksamkeit und einer langfristigen Planung des Bildungswesens abhängen. Der Zustand des Schul- und

Rückläufige Beschäftigungszahl

Nach einer jetzt veröffentlichten Übersicht des Industrie-Instituts der Unternehmer hat sich die Zahl der Erwerbstätigen von 1965 bis 1967 um 861 000 vermindert. Da die Zahl der Arbeitslosen Ende 1967 um rund 300 000 höher lag als 1965 und zum gleichen Zeitpunkt 100 000 ausländische Arbeitskräfte weniger in der Bundesrepublik weilten, ergibt sich ein tatsächliches Ausscheiden von noch einmal über 400 000 Arbeitnehmern aus dem Berufsleben, ohne daß sie sich arbeitslos gemeldet haben. Ganz besonders groß ist der Anteil der Frauen, die ihre Berufstätigkeit aufgegeben haben. „Offensichtlich haben viele Frauen den allgemeinen Beschäftigungsrückgang und die vielleicht drohende Entlassung zum Anlaß genommen, ganz aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ohne sich beim Arbeitsamt zu melden“, meint dazu das Industrie-Institut.

Die Zahl der Beschäftigten in den Industrien der EWG ging im vergangenen Jahr auf 25,9 Millionen zurück. Das bedeutet einen Rückgang von 2 Prozent gegenüber 1966. Im einzelnen verminderte sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten in der Bundesrepublik um 5 Prozent, in den Niederlanden um 3 Prozent und in Belgien um 2 Prozent. Frankreich dagegen konnte eine leichte Steigerung von 1 Prozent und Italien einen Zugang von 5 Prozent verzeichnen.

Am stärksten verminderte sich die Zahl der Beschäftigten im Bergbau. Hier gab es in den Niederlanden mit 16 und in der Bundesrepublik sowie Belgien mit je 12 Prozent den stärksten Rückgang. In Frankreich und Italien ging die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter um je 4 Prozent zurück.

Bildungswesens in der Bundesrepublik widerspricht jedoch diesen Einsichten und Notwendigkeiten völlig. Das allgemeine bildende und berufliche Bildungswesen zählt hier seit vielen Jahren zu den rückschrittlichsten in Europa. Weder die gegenwärtigen noch die in die Wirtschaft neu eintretenden Arbeitnehmer werden ausreichend auf die Erfordernisse der technischen Entwicklung in der Wirtschaft vorbereitet. Dieser Widerspruch zwischen den tatsächlichen und den erforderlichen Qualifikationen der Arbeitnehmer muß unvermeidlich zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit führen, die unabhängig von der konjunkturellen Situation, sogar bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel auftritt.

Die sozialdemokratische Wochenzeitschrift „Vorwärts“ hat kürzlich aus der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen nur wenig höher ist als die Zahl der unbesetzten Stellen (zur Zeit ist die Zahl der Arbeitslosen sogar niedriger) die Schlussfolgerung gezogen, die Arbeitslosigkeit sei „letztlich nichts anderes als eine Bildungskrise“. Zweifellos ist das für die Bundesrepublik ein entscheidendes Zukunftsproblem. So notwendig aber der schon seit Jahren von den Gewerkschaften und insbesondere von der IG Metall geführte Kampf für rechtzeitige Bildung und Vorbereitung der Arbeitnehmer auf die veränderten Anforderungen in der Wirtschaft bleibt, so wenig kann er allein genügen, die Probleme im Interesse der Arbeiterschaft zu lösen.

Für die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist ebenso wichtig und notwendig die Forderung nach einer planmäßigen Strukturpolitik, nach — um es noch einmal zu betonen — sozialer Sicherheit durch Rationalisierungsschutz, langfristige Personalplanung und eine wirksame betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Verfolgung einer aktiven Lohnpolitik durch die Gewerkschaften. Die Lohnerhöhungen müssen sich mindestens im Rahmen des Produktivitätsfortschritts bewegen, weil zurückbleibende Löhne die Kaufkraft schwächen und damit den Konsum verringern.

Wirtschaftswachstum infolge steigenden Konsums ist aber die wichtigste Voraussetzung, um Arbeitslosigkeit durch Produktivitätsfortschritt zu verhindern. Eine Veränderung der Wachstumsrate des Sozialprodukts um nur 0,5 Prozent nach oben oder unten könnte 375 000 Erwerbstätige freisetzen bzw. zusätzlich erforderlich machen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um nur 1 Prozent — das sind bei einer 42-Stunden-Arbeitswoche weniger als 30 Minuten — würde ausreichen, um rund 250 000 Erwerbstätigen den Arbeitsplatz zu sichern. Damit ist angezeigt, welche Bedeutung einer entsprechenden Tarifpolitik der Gewerkschaften zukommt. Dr. Tu.

Rüstungskosten steigen wieder

Mit der Belebung der Wirtschaft mehrnen sich die Anzeichen dafür, daß die Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren wieder stärker zunehmen werden. Seit Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971, bei der die ursprünglichen Steigerungsraten der Rüstungskosten zunächst geringfügig herabgesetzt werden mußten, sind die Kritiken der Bonner Rüstungspolitiker und der Bundeswehr an dieser durch die Finanzkrise erzwungenen Maßnahme und die Forderungen, die Ansätze wieder nach oben zu korrigieren, immer lauter geworden. So erklärte Minister Schröder zum Rüstungsstat 1968, daß die durch die Finanzlage erzwungene Reduzierung des Rüstungshaushaltes nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß „die Vorbereitung der künftigen Waffensysteme steigende Mittel erfordern“ werde.

In jüngster Zeit durchgesickerte oder bewußt lancierte Informationen geben Anhaltspunkte dafür, was sich hinter dieser Feststellung Schröders verbirgt. So sprechen Fachleute des Verteidigungsministeriums nach einer Meldung des SPD-Pressedienstes davon, daß die zweite Rüstungsphase, in die die Bundeswehr im Namen der neuen NATO-Strategie der „abgestuften Abschreckung“ eintreten soll, zu einem „überaus bemerkenswerten“ Anstieg der Kosten führen würde.

Durch einige Zahlen soll veranschaulicht werden, in welchen Größenordnungen sich der Finanzbedarf für die Ausrüstung der Bundeswehr in den kommenden Jahren bewegen wird: In der NATO wird damit gerechnet, daß die Luftverteidigung in den 70er Jahren etwa zehnmal soviel kosten wird wie 1960, während für neue Waffensysteme von Heer, Luftwaffe und Marine ein Mehraufwand bis zu 400 Prozent erwartet wird. In die gleiche Richtung deutet auch die Tatsache, daß die Ausrüstung einer amerikanischen Infanteriedivision, für die 1962 noch 400 Millionen DM „genugten“, im Jahr 1970 bereits 1,6 Milliarden DM kosten soll.

Im Rahmen der gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen Planung bis 1972 soll auch über eine Reihe von Rüstungsprojekten entschieden werden, über die unter den bundesdeutschen Rüstungsexperten seit längerem diskutiert wird. Dazu gehören die Beschaffung von mittelschweren Hubschraubern für das Heer, der Bau des sogenannten Panzers 70 und die Nachfolgebzw. Ergänzungsmuster für den berühmten Starfighter. Die folgenden Zahlen zeigen, wie aufwendig allein diese Einzelvorhaben werden können: Die Gesamtkosten des Hubschrauberprojekts sollen sich auf 1,3 Milliarden DM belaufen. Während der Preis des gegenwärtig modernsten Bundeswehr-Panzers, „Leopard“, rund eine Million

DM beträgt, soll der neue Panzer 70 bereits 2,3 bis 2,5 Millionen DM kosten. Wird der Stückpreis eines Starfighters einschließlich aller Umrüstungskosten heute auf etwa 10 Millionen DM geschätzt, so soll der als Aufklärer geplante „Phantom“-Jäger schon einen Preis von rund 23 Millionen DM haben.

Angesichts solcher Größenordnungen erscheinen die Befürchtungen nur allzu berechtigt, daß die direkten Rüstungsausgaben weiter erhöht werden und damit neue Belastungen auf die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik zukommen.

H. J. H.

Rüstung zerstörte Wirtschaftswunder

Die laufend gestiegenen Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik haben die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung „weggeschnitten“. Diese Auffassung vertritt und belegt der langjährige ehemalige Leiter des Weltwirtschaftsinstituts, Prof. Dr. Fritz Baade in der Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier“ Nr. 17 vom 19. 8. 1968. Baade weist den Zusammenhang zwischen steigenden Rüstungsausgaben und sinkenden wirtschaftlichen Wachstumsraten nach:

„In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, als wir eine Wachstumsrate

von mehr als 8 Prozent hatten, lagen die Rüstungsausgaben bei weniger als 4 Milliarden, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war die Wachstumsrate etwas gesunken, die Rüstungsausgaben aber auf 9,5 Milliarden DM gestiegen. In der ersten Hälfte der sechziger Jahre war die Zuwachsrate stark gesunken, die Rüstungsausgaben auf 16 Milliarden DM gestiegen. Und im Jahre 1967 wird einer Schrumpfung des Volkseinkommens um 2 Prozent eine Rüstungsausgabe von 18,5 Milliarden DM gegenüberstehen.

Aber, so wird man einwenden, wenn denn eine Schrumpfung der Wachstumsrate unseres Volkseinkommens nicht unvermeidbar? Können wir überhaupt in einer modernen Industrielandschaft nicht nur jahrelang, sondern jahrzehntelang hohe Zuwachsraten haben? Ich wage es, auf diese Frage mit einem klaren Ja zu antworten. Wir können es aber natürlich nur, wenn wir einen entsprechend kleinen Teil des Volkseinkommens für unproduktive Dinge und einen entsprechend großen Teil des Volkseinkommens für produktive Dinge, insbesondere für Investitionen, ausgeben.“

Prof. Baade verweist auf das Beispiel Japans, das ununterbrochen hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufzuweisen habe, weil es nur minimal rüstete und einen um über 10 Prozent höheren Anteil am Sozialprodukt für Investitionen aufwendet als die Bundesrepublik.

Programm für die Frauenarbeit

In sechs Arbeitskreisen berieten am 23. und 24. August 1968 rund 250 Delegierte der Bundesfrauenkonferenz des DGB in Kiel die Probleme der berufstätigen Frauen und Mütter. Im DGB sind etwa eine Million Arbeitnehmerinnen organisiert. Das Motto der Konferenz, das der Erklärung der Menschenrechte entliehen war, lautete: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

Darum spielte die Forderung nach sozialer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung der Frau eine überragende Rolle. In den über hundert angenommenen Anträgen und Entschlüssen stand das Verlangen nach Lohngleichheit an der Spitze der Forderungen. Weiter wurden Verbesserungen im Mutter- und Unfallschutz, die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus, Karenzurlaub für Mütter mit Kleinkindern und Kündigungsschutz bei Kuren verlangt. Andere Anträge forderten neue gesetzliche Vorschriften über das Heben und Tragen von Lasten, die Einführung von bezahlten Kurzpausen, Einrichtung von mehr Kindergärten und Ganztags-

schulen sowie — im eigenen Organisationsbereich — die stärkere Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung gewerkschaftlicher Funktionen.

In Entschlüssen zu politischen Fragen forderte die Frauenkonferenz Wachsamkeit gegen den Mißbrauch der Notstandsverfassung, ferner das Verbot der NPD und die Beendigung des Bombenkrieges in Vietnam. In einer Erklärung protestierte die Konferenz gegen den Einmarsch von Warschauer Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei.

Das Hauptanliegen der Bundesfrauenkonferenz war die Erarbeitung eines Programms für die gewerkschaftliche Frauenarbeit. Für dieses Programm versuchte die Konferenz Forderungen zu präzisieren. Die Delegierten bemängelten, daß noch kein Programmentwurf als Diskussionsgrundlage vorlag. Das Frauen-Förderungsprogramm soll vom 8. DGB-Bundeskongress im Mai 1969 in München verabschiedet werden.

Wir werden uns in NACHRICHTEN noch ausführlicher mit dem Programm beschäftigen. -an

Schnelles Wachstum der Angestellten

Über die Bedeutung der Arbeiterklasse im Kapitalismus Eine Artikelfolge von Dr. Heinz Schäfer (II)

Das Anwachsen der Arbeiterklasse ist begleitet von ihrer zunehmenden Differenzierung, die ihren Ausdruck findet im wachsenden Anteil der Angestellten und Beamten und dem sinkenden Anteil der Arbeiter. Diese Tatsache muß in der praktischen Gewerkschaftspolitik immer stärker berücksichtigt werden.

1950 entfielen auf 100 Arbeiter 31 Angestellte. Durch die Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 wurde festgestellt, daß auf 100 Arbeiter bereits 48 Angestellte entfallen. 1961 gab es fast 6 Millionen Angestellte und 1,2 Millionen Beamte. 1966 war die Zahl der Angestellten auf 7,238 Mill. und die der Beamten auf 1,352 Mill. gestiegen. Es erhebt sich die Frage, ob diese Entwicklung weitergehen wird.

Auf der 3. Internationalen Konferenz der IG Metall über Automatisierung, Rationalisierung und technischen Fortschritt — „Computer und Angestellte“ — im Frühjahr dieses Jahres schätzte der Chefstatistiker im Amt für Arbeitsstatistik des US-Arbeitsministeriums die künftige Entwicklung ein. Da die USA das industriell entwickeltste kapitalistische Land sind und der Prognosezeitraum relativ kurz ist, dürften die Zahlen einigermaßen zuverlässig sein. Die Angestelltenschaft, die zahlenmäßig die Arbeiter-schaft schon 1955 übertraf, wird danach 1975 mit 42,5 Millionen um 41 Prozent größer sein als die Arbeiter-schaft mit 30,1 Millionen.

In der Anfangsphase des Kapitalismus waren die kaufmännischen und technischen Funktionen, aus denen sich später die typischen Angestelltenberufe entwickelten, in der Hand des Unternehmers vereint. Mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Akkumulation und verbunden damit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung waren die Kapitalisten gezwungen, einen Teil ihrer Führungsaufgaben an bezahlte Angestellte abzutreten. Die Mehrzahl dieser Angestellten, die vorwiegend im Büro als Prokuristen arbeiteten, waren eng mit den Kapitalisten verbunden und rekrutierten sich vorwiegend aus Familienmitgliedern der Unternehmer, aus bankrotten Kapitalisten, Handwerkern, Kaufleuten, Bauern und deren Kindern.

Damals stellten die Angestellten eine Schicht dar, die zwar nicht mehr Kapitalisten, aber noch ein Anhängel der Kapitalisten waren. Um sie fest an das Kapital zu binden, wurden sie nicht nur ökonomisch privilegiert, sondern ihnen wurde auch arbeitsrechtlich eine Sonderstellung eingeräumt. Die Angestellten waren eine Minderheit. Sie übten aber in den Betrieben einen erheblichen Einfluß aus. Heute bestimmt der weitaus höhere Anteil der Angestellten das betriebliche Geschehen kaum noch entscheidend. Mit dem

Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution ist eine Zentralisierung der Entscheidungsgewalt in der obersten Führungsspitze festzustellen.

Auf der Tagung der IG Metall „Computer und Angestellte“ wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß die für Angestellte bisher übliche Aufstiegspyramide verschwindet und vom technischen Fortschritt vor allem die mittleren Angestellten betroffen werden.

Dr. Fuhrmann stellte fest, daß insbesondere durch die Zusammenlegung von Arbeitsgruppen und Abteilungen die Position und die Funktion der mittleren Führungskräfte ebenso anfällig gegenüber Rationalisierungsfolgen wird wie die von Hilfskräften (vgl. Dok. S 2—68, S. 5/6). Durch den Einsatz von Computern ändert sich das bisherige Bezugssystem in der betrieblichen Organisation. Arbeitsanweisungen verlieren häufig ihren Sinn, weil der Computer den Arbeitsablauf und das Arbeitstempo vorgibt. Kontrollen werden überflüssig. Die für alle gleiche Abhängigkeit vom Rechner wirkt ausreichend disziplinierend. Aufsichtsführende und Kontrollleure werden den Unternehmern zu teuer.

Prof. Werner Hofmann bezeichnet daher zu Recht das Fortschreiten der Technik als einen großen gesellschaftlichen Hobel, der frühere Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten glättet (Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968, S. 144). Die effektive Macht übt in den Unternehmen im Auftrag der kontrollierenden Kapitalmacht das sogenannte Spitzen-Management aus, das aber nach wie vor einen Teil seiner Aufgaben an das mittlere Management delegiert. Die zwiespältige Haltung dieser Angestelltengruppe darf nicht verkannt werden, da sie in einem gewissen, wenn auch relativ unbedeutenden Umfang Kapitalfunktionen ausübt und gewisse Privilegien genießt.

Dennoch handelt es sich hier nicht um die eigentlichen Organisatoren der kapitalistischen Profitproduktion. Dieser objektive Funktionsverlust ist in der Regel noch gar nicht in das Bewußtsein dieser Angestelltenschichten eingedrungen. 30 Prozent der Angestellten meinen, daß sie eine leitende Tätigkeit ausüben, aber nur 5 Prozent befinden sich in leitender Position, und ihre Zahl sinkt noch ab.

Man kann feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Angestellten Teil der Arbeiterklasse ist, wenn auch ein nicht unerheblicher Teil dies heute subjektiv noch nicht wahrhaben will. Der von den herrschenden Kreisen dem Angestelltenbegriff angehängte Mythos hat mit der wirklichen Lage der Angestellten nicht das geringste zu tun.

Im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution wird sich innerhalb der Arbeiterklasse das Gewicht der Angestellten erhöhen, und in nicht allzu ferner Zeit wird ihre Zahl die der Arbeiter übersteigen. Innerhalb der Angestelltenschaft nimmt die Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu, deren Rolle und Bedeutung in einem weiteren Beitrag behandelt werden soll.

Die Stärkung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfordert es, alle Schichten der Arbeiterklasse zu erfassen und in den Kampf um die gemeinsamen Ziele einzubeziehen. Würde die Arbeiterbewegung diesem objektiven Prozeß nicht Rechnung tragen, so würde nicht nur der Organisationsgrad rückläufig sein, sondern ihre effektive Macht würde Einbußen erleiden.

Es ist unumgänglich, die Angestelltenschaft in weitaus stärkerem Maße als bisher als Mitglieder und Mitstreiter in der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Diese Aufgabenstellung offenbart zugleich ihre Kompliziertheit, denn die Diskrepanz zwischen objektiver Lage und ihrem subjektiven Erkennen ist bei den Angestellten noch weitaus größer als bei den Arbeitern. Dieses falsche gesellschaftliche Bewußtsein ist einer der Gründe des geringen Organisationsgrades der Angestellten in den Gewerkschaften und ihrer oft mangelnden Bereitschaft, für ihre eigenen unmittelbaren Interessen einzutreten.

1966 betrug der Anteil der Angestellten an der Mitgliedschaft des DGB 13 Prozent. Absolut waren in den Gewerkschaften und Industriegewerkschaften des DGB 861 000 Angestellte organisiert. 1964 betrug die Mitgliederzahl der DAG 475 000. Falsches gesellschaftliches Bewußtsein und starke Manipulierungsbestrebungen können jedoch die Wirklichkeit nicht aus der Welt schaffen und die sich objektiv entwickelnden Bedürfnisse vom Tisch wischen. So regt sich auch hier stärkeres Klassenbewußtsein und die Erkenntnis des notwendigen kollektiven, solidarischen Handelns.

Den Angestellten ein richtiges gesellschaftliches Bewußtsein zu vermitteln, ist für die Arbeiterbewegung eine wichtige Aufgabe. Eng verbunden mit der aufklärenden Tätigkeit müssen die materiellen und sozialen Interessen der Angestellten vertreten werden, wobei die spezifischen Forderungen und Wünsche zu berücksichtigen sind.

Die Rationalität des Profits

Das Verhalten des Kapitals in der Konkurrenz Die Entstehung des Produktionspreises

Im letzten Beitrag wurde der Profit als Form der Herrschaft skizziert. In den folgenden Ausführungen soll er als Form der Rationalität erörtert werden. Wie schon angedeutet, drückt die Profitrate die Effektivität des Kapitaleinsatzes aus und trägt zur Regelung der Beziehungen zwischen den Kapitalen bei.

Der kapitalistische Kostpreis ($c + v$) bringt als spezifische kapitalistische Kategorie die Mystifikation zum Ausdruck, daß sich das gesamte vorgeschossene Kapital verwertet. Tatsächlich wird aber der Wert von c durch die konkrete Arbeit nur auf das neue Produkt übertragen, und allein in der

ken. Die Waren werden im Durchschnitt zu ihren Werten ausgetauscht, und die Summe der Preise entspricht der Summe der Werte.

Anders verhält es sich dagegen in dem Maße, wie sich die Produktivkräfte entwickeln. Während der Bauer des Mittelalters noch relativ gut die Arbeitsbedingungen des Handwerks kannte, weil der Schmied, der Wagner, der Schneider und Schumacher des Dorfes noch unter seinen Augen arbeiteten, verändern sich diese Beziehungen mit der zunehmenden Arbeitsteilung, der Trennung des unmittelbaren Produzenten von seinem Eigentum an den Produktionsmitteln und der Herausbildung selbständiger Industriezweige. Der Überblick über die Bedingungen der Produktion wird komplizierter, und die Produzenten konkurrieren innerhalb der Zweige um den Absatz ihrer Waren. In dem Zusammenhang bildet sich ein gesell-

schaftlicher Marktwert heraus, um den sich die Marktpreise bewegen.

Die Rationalität des Wertes bewirkt, daß die individuellen Kapitale immer bestrebt sein müssen, die günstigsten Arbeits- und Verwertungsbedingungen zu schaffen, um aus dem Verkauf ihrer Waren den höchstmöglichen Profit zu ziehen. Auf diese Weise wird die Produktivkraft der Arbeit gegenüber den vergangenen Produktionsweisen wesentlich erhöht.

Nachdem sich eine Vielzahl von Industriezweigen etabliert hat, ergibt sich zwangsläufig, daß in den Zweigen, in denen eine niedrige organische Zusammensetzung vorherrscht, der Mehrwert, den sich die entsprechenden Kapitalisten aneignen, höher ist als in den Zweigen, die mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals ihre Waren produzieren; denn je größer der Anteil, um so größer der Mehrwert und umgekehrt. Jedes Kapital verlangt aber für gleichen Kapitalvorschuß gleiche Profite. Aus diesem Grunde konkurrieren die Kapitalisten in den unterschiedlichen Zweigen um die günstigste Kapitalanlage. Damit wird ein Fließen der Kapitale zwischen den Zweigen hervorgerufen, was zur fortwährenden Revolutionierung der Produktivkräfte und zur Herausbildung einer allgemeinen Durchschnittsprofitrate beiträgt. In dem Zusammenhang bildet sich auch ein Produktionspreis heraus. Die folgende Tabelle soll das veranschaulichen:

Neunte Folge:

Marxismus leicht gemacht

Von Dr. Heiner Wilms

Form der abstrakten Arbeit erfolgt die Reproduktion von v und darüber hinaus ihre Verwertung, indem sie zusätzlich einen Mehrwert erzeugt.

Der Kategorie des Kostpreises wohnt aber gleichfalls eine bestimmte Rationalität inne. Sie weist erstens darauf hin, wieviel Arbeit überhaupt aufgewendet werden muß, um den allgemeinen Verwertungsbedingungen zu entsprechen. Zweitens zeigt sie, in welchem Verhältnis die beiden verschiedenen Teile der Arbeit, die tote, vergegenständlichte Arbeit (c) und die lebendige Arbeit (v), eingesetzt werden müssen, damit das Gesamtkapital den Konkurrenzverhältnissen standhält.

Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des vormonopolistischen Kapitalismus. Die Beziehungen der individuellen Kapitale zueinander werden durch jene freie Konkurrenz bestimmt. Die bestmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals ist letztlich immer abhängig von der entsprechenden Konkurrenzposition, die im Kapitalismus der freien Konkurrenz ihrerseits wieder im Kampf um den Absatz der Waren und die günstigste Kapitalanlage bestimmt wird.

Auf welche Weise wirkt unter diesen Bedingungen, in denen das Monopolkapital noch nicht vorherrschend ist, das Wertgesetz? In der einfachen Warenproduktion, bei einem noch geringeren Stand der Produktivkräfte als im vormonopolistischen Kapitalismus bilden die Werte der Waren das Zentrum, um das die Marktpreise schwan-

Industrie- zweig	c Kapital	v Kapital	m	Waren- wert	Durch- schnitts- rate	Produk- tions- preis	Abweichungen des Produk- tionspreises vom Wert
Leder- industrie	70	30	30	130	20%	120	— 10
Textil- industrie	80	20	20	120	20%	120	gleich
Maschinenbau	90	10	10	110	20%	120	+ 10

Der Wert, der so lange noch mit seinen Bestandteilen $c + v + m$ funktionierte, hat sich zum kapitalistischen Produktionspreis modifiziert. Er besteht jetzt aus dem Kostpreis ($c + v$) und einem Durchschnittsprofit. Um diesen Produktionspreis schwanken dann die Marktpreise. Der individuelle Kapitalist verkauft seine Waren demzufolge so, daß sie einmal das vorgeschossene Kapital ersetzen und darüber hinaus noch einen bestimmten prozentualen Zuschlag einbringen, der etwa dem Durchschnittsprofit entsprechen muß und den wir allgemein als Profit bezeichnen.

Jeder Kapitalist ist aber bestrebt, mehr als nur den Durchschnittsprofit zu erhalten. Durch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, der Organisation, der Technologie und Erfindungen usw. versucht er, den Tauschwert seiner Waren zu senken, um gegenüber seinen Konkurrenten mehr absetzen zu können und damit die Masse seines Profits zu erhöhen. So ist es ihm möglich, für eine gewisse Zeit einen Extraprofit zu erzielen.

Das Wertgesetz wirkt unter diesen Bedingungen also in modifizierter Form, denn die Waren werden nicht mehr zu ihren Werten, sondern zu ihren Produktionspreisen ausgetauscht, wobei die Summe der Produktionspreise der Summe der Werte entspricht. Die allgemeine oder Durchschnittsprofitrate ist bestimmt, 1. durch den Mehrwert, den das Gesamtkapital produziert, 2. durch das Verhältnis dieses Mehrwertes zum Wert des Gesamtkapitals und 3. durch die Konkurrenz, aber nur soweit, als diese die Bewegung ist, wodurch die in besonderen Produktionssphären angelegten Kapitale gleiche Dividenden aus diesem Mehrwert, im Verhältnis zu ihren relativen Größen zu ziehen suchen."

(Karl Marx, Das Kapital, Band III, in: Marx/Engels, Werke, Band 25, Berlin 1964, S. 380.) „Der Austausch von Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten erfordert also eine viel niedrigere Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist.“ (Ebenda, S. 186.)

Betriebe im Wind des Weltmarktes

Planung und Wirtschaftsführung in der DDR Eine Serie von Dr. Karl-Heinz Arnold (IX)

Im vorangegangenen Beitrag dieser Folge wurde über die Größenordnungen des Außenhandels der DDR (Export und Import) sowie ihre Außenwirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion informiert. Im folgenden eine Übersicht, wie sich die Handelsbeziehungen der DDR zu weiteren Ländern entwickeln, sowie ein Blick auf die Tendenzen, mit denen der DDR-Außenhandel in die Planwirtschaft eingeordnet ist.

Etwa 70 Prozent ihres Exports und Imports wickelt die DDR mit den anderen sozialistischen Ländern ab, insbesondere mit den zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, in der Bundesrepublik auch COMECON genannt) gehörenden sozialistischen Staaten Europas. Im Handel der DDR mit diesen Ländern nimmt — ähnlich wie beim Handel DDR — Sowjetunion, wenn auch nicht gleichmäßig stark — der Austausch von Maschinen, Anlagen, Rationalisierungsmitteln erheblich zu. Zwischen allen RGW-Ländern sind die Pläne langfristig bis 1970 abgestimmt. Die DDR liefert 60 bis 70 Prozent ihres Gesamtexports der metallverarbeitenden Industrie in diese Länder und wird in diesem Jahr die Importe von Maschinenbauerzeugnissen aus dem RGW-Raum um reichlich 12 Prozent steigern.

Es geht nicht darum, ein lückenloses Bild der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu zeichnen. Dazu bedürfte es des Eingehens auf den — im vorigen Jahr erheblich gestiegenen — Handel mit kapitalistischen Industrieländern wie Frankreich, Italien, Schweden, Finnland und Japan, auf die Aspekte der engeren Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, denen die DDR beim Bau von hunderten Industriebetrieben und ähnlichen Objekten Unterstützung erweist, schließlich auf den Handel DDR — Bundesrepublik, der im Vorjahr um 7 Prozent zurückging. Die Gründe liegen darin, daß es seitens der Bundesregierung noch immer Behinderungen und Diskriminierungen im Handel mit der DDR gibt. Es fehlen noch immer die notwendigen Schritte zur Herstellung normaler Bedingungen für die Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Zu einer Information über den Außenhandel in der DDR-Planwirtschaft gehört jedoch unbedingt eine Darlegung von speziellen Prinzipien, die im Rahmen der Strukturpolitik zum Zuge kommen. Gegenwärtig werden mehr als 20 Prozent des Netto sozialprodukts (Nationaleinkommen) der DDR über die Außenwirtschaft umverteilt. Dieser Anteil wird noch zunehmen. Die Grundaufgabe besteht also darin, durch und über die Außenwirtschaft einen weiteren hohen Zuwachs zum Nationaleinkommen zu realisieren. Das erfordert generell, die gesamte Tätigkeit auf diesem Gebiet so zu planen und zu leiten, daß eine Erhöhung des Nutz-

effekts der Außenwirtschaft eintritt. Das heißt, sie wird als Komplex von Warenaustausch, wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit, Spezialisierung und Kooperation nach volkswirtschaftlichen Zielen entwickelt.

In diesem Rahmen erfolgt — und das war auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1968 schon sichtbar — eine Konzentration auf die strukturbestimmenden Industriezweige und Erzeugnisse. Konzentration von der Forschung und Entwicklung bis zum Absatz in den ausschlaggebenden Exportbetrieben, Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und Kombinate (zumeist ein Zusammenschluß mehrerer volkseige-

Der Verfasser dieser Serie, Dr. Karl-Heinz Arnold, ist stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ (Berlin-Ost). Er hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Leser von NACHRICHTEN mit Problemen der sozialistischen Wirtschaftsführung und der Rolle der Gewerkschaften in der DDR bekannt zu machen.

ner Betriebe um einen besonders leistungsfähigen Stammbetrieb), also nicht Dezentralisierung und Zersplitterung des Sortiments — das ist ein Grundgedanke.

In diesem Rahmen erhalten solche exportintensiven Betriebe und Kombinate größere Eigenverantwortung auf außenwirtschaftlichem Gebiet. Ihre Leistungsfähigkeit wird durch rückzahlbare und verzinsliche Kredite bevorzugt gefördert; dazu gehören auch Devisenkredite. Erweitert wird die Möglichkeit der Eigenerwirtschaftung von Importen, besonders von Rationalisierungsmitteln, aus zusätzlichen Exporterlösen. Auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes wird dazu übergegangen, die Hauptexportbetriebe immer unmittelbarer am Nutzen der Außenwirtschaftstätigkeit zu beteiligen. Ab 1. Januar 1968 bilden solche Betriebe ein einheitliches finanzielles Ergebnis aus der Produktions- und Außenwirtschaftstätigkeit.

Damit entwickelt sich der auf den Weltmärkten erzielte Valutapreis der exportierten Erzeugnisse zum wesentlichen Gradmesser der betrieblichen Arbeit. In der Tendenz wird dies auch für die anderen Exportbetriebe eingeführt. Die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution sollen also in den Betrieben auch und gerade von dieser Seite her — nicht nur vom Binnenmarkt her — finanziell und materiell immer spürbarer werden. Das bedeutet, vereinfacht gesagt: direkte, zunehmend stärkere Konfrontation mit den Weltmarktbedingungen. Günstige und ungünstige Ergebnisse der Außenwirtschaftstätigkeit wirken sich unmittelbar auf den Betriebsgewinn aus. Gute Ergebnisse der eigenen Arbeit reichen den Exportbetrieben der Industrie ebenso wie den mit ihnen immer enger und unter härteren gegenseitigen Bedingungen zusammenarbeitenden Außenhandelsunternehmen unmittelbar zum Vorteil. Das reicht von den Investitionsmöglichkeiten aus selbst zu erwirtschaftenden Mitteln bis zu den größeren Zuführungen in die betrieblichen Prämienfonds der Belegschaften. Selbstverschuldete Verluste aus Exporten müssen die Betriebe und Unternehmen künftig selbst voll tragen. Das sind Konsequenzen des ökonomischen Systems der DDR, wie sie bereits seit längerem für die Produktionsbetriebe zum Zuge kommen und nun auch in der außenwirtschaftlichen Tätigkeit angewandt werden. Die Betriebe spüren immer mehr den Wind des Weltmarktes.

Der Volkswirtschaftsplan der DDR umfaßt alle Bereiche und Zweige der Wirtschaft, legt ihre Entwicklungslinien entsprechend der wissenschaftlich-technischen Revolution und den Erfordernissen des Landes fest (nicht im Detail). Der Volkswirtschaftsplan gibt also die Hauptrichtung an, in der sich Produktion, Verkehrswesen, Außenwirtschaft usw. bewegen. In diesem Rahmen ist die Strukturpolitik konkretisiert, beispielsweise: der Beitrag der Außenwirtschaftsbeziehungen, vor allem von Export und Import, zum Nationaleinkommen insgesamt und speziell über den Weg lohnender Exporte; durch Import von neuester Technik zur Rationalisierung und Automatisierung entsprechend den geplanten Strukturveränderungen der Wirtschaft; durch Spezialisierung und Kooperation mit sicheren Partnern in anderen Staaten; durch Lizenznahme usw. Die Betriebe und Kombinate, deren Pläne eine Spezifizierung des Gesamtplans darstellen, arbeiten eigenverantwortlich und beweglich, mit kalkulierbarem Risiko und wachsenden materiellen sowie finanziellen Mitteln.

In diesem Sinne ist das in Artikel 9 Absatz 5 der neuen DDR-Verfassung fixierte staatliche Außenwirtschaftsmonopol seinem Wesen nach eine Form der Planung und Leitung der Außenwirtschaft durch den Staat. Er hat also das alleinige Recht — dies ist

Neugliederung der Rentenversicherung?

Einheitliche Arbeiter- und Angestellten-Versicherung Bundesregierung muß ihre Verpflichtungen erfüllen

Der Sozialbeirat beim Bundesarbeitsministerium hat mit seiner Empfehlung, eine einheitliche Bundesversicherungs-Anstalt für Arbeiter und Angestellte oder, wenn das wegen der politischen Widerstände nicht zu erreichen ist, eine einheitliche Bundesversicherungs-Anstalt für Arbeiter zu bilden, heftige Diskussionen um Gestaltung und Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung ausgelöst. Bundesarbeitsminister Katzer, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Angestellten-Gewerkschaft, die Bundesversicherungs-Anstalt für Angestellte und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) haben den Vorschlag des Sozialbeirates zurückgewiesen.

Der Vorschlag des Sozialbeirates, soweit er nur unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Sanierung der Arbeiterrentenversicherung gemacht wurde, ist vom Standpunkt der Gewerkschaften und einer fortschrittlichen Sozialpolitik abzulehnen. Dabei gibt es keinen Zweifel, daß der sich in der Arbeitnehmerschaft vollziehende Strukturwandel früher oder später zu Konsequenzen auch in der gesetzlichen Rentenversicherung zwingen wird.

Jährlich wechseln rund 80 000 Arbeiter in ein Angestelltenverhältnis über, und Fachleute schätzen, daß sich bis zum Jahre 2000 in der Bundesrepublik das Zahlenverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten, das heute 60 zu 40 beträgt, umgekehrt haben wird, also 40 zu 60 zugunsten der Angestellten. Die Rentenversicherung brauchte jedoch in keinem ihrer Zweige mit Verlust zu arbeiten, wenn die Bundesregierung sie nicht seit Jahren zum Ausgleich des durch die Rüstkungsausgaben strapazierten Staatshaushaltes so stark beansprucht und wenn eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik

die Wirtschaftskrise 1966/67 verhindert hätte (s. „Ruin der Rentenversicherung“ NA 8/1968).

Jede Milliarde DM Bruttolohnsumme weniger bedeutet für die Rentenversicherung einen Beitragsverlust von 140 Millionen DM. Bis Ende 1966 hatte die Rentenversicherung zwangsweise für etwa 6 Milliarden DM Schuldbuchforderungen anstelle von Barzuweisungen erhalten. Die Handwerkerversicherung belastete die Rentenversicherung der Arbeiter nach der im Sozialbericht enthaltenen Vorausschätzung im Jahr 1967 mit 600 Millionen DM. Durch das Finanzänderungsgesetz 1967 gehen allein der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten in den Jahren 1968 bis 1971 verloren:

■ 4024 Millionen durch Herabsetzung der Bundeszuschüsse;

■ 485 Millionen DM durch die festgelegte Beteiligung an den Aufwendungen der knappschaftlichen Krankenversicherung;

■ 200 Millionen DM durch Wegfall der Verpflichtung des Bundes zur Erstattung der Aufwendungen für Tuberkulosenhilfe.

■ Dazugerechnet werden muß noch die schon für das Jahr 1967 erfolgte völlige Streichung des Bundeszuschusses zu den Mindestrentenerhöhungen des Jahres 1957. Dieser Zuschuß betrug für das Jahr 1966 130 Millionen DM. — Allen Kürzungen und Belastungen hat die SPD in der Großen Koalition zugestimmt.

Demagogisch ist es, wenn die BDA (Arbeitgeberverbände) mit dem Schreckgespenst einer „Mammutanstalt“ eine sachliche Diskussion über den Vorschlag des Sozialbeirates zu verhindern sucht. Eine einheitliche Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte braucht nicht zwangsläufig zu einem bürokratischen Wasserkopf zu führen. Daß auch eine einheitliche Sozialversicherung dezentralisiert bis in die Betriebe hinein gegliedert werden und schnell und unbürokratisch arbeiten kann, stellt die SV der DDR vorbildlich unter Beweis. In deren Zentralverwaltung sind nur etwa 80 Mitarbeiter tätig.

Die Umstellung der mehr als 3 Millionen Renten, die zum 1. Juli 1968 in der DDR differenziert erhöht wurden, er-

folgte so rechtzeitig, daß alle Rentner schon gleich für den Monat Juli ihre höhere Rente erhalten haben, während in der Bundesrepublik die Prüfung der Rentenakten und evtl. Neuberechnung der Renten nach der 1965 in Kraft getretenen „Härtenovelle“ heute noch nicht abgeschlossen ist. In längstens zehn Tagen nach der Antragstellung wird in der DDR der Rentenbescheid erteilt.

Die Trennung in Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung hat leistungsmäßig keinerlei Bedeutung mehr. Seit der Rentenreform 1957 sind Beitrags- und Leistungsrecht für beide Zweige der Rentenversicherung völlig gleich. Auch soziologisch ist diese Trennung weitgehend überholt. Die Masse der Angestellten hat längst keine Sonderstellung mehr in der Unternehmenshierarchie, die sie — auch nur dem Scheine nach — über die Stellung des Arbeiters hinaushebt. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution aber wird auch die Büroarbeit zunehmend mechanisiert und rationalisiert und die Funktion und Stellung der Lohn- und Gehaltsempfänger noch stärker und sichtbarer nivelliert.

Bei der gegenwärtigen politischen Situation in Bonn besteht jedoch die Gefahr, daß mit einer Vereinheitlichung der Rentenversicherung die ohnehin unzureichende Selbstverwaltung eingeschränkt würde, wie das bei der Arbeitslosenversicherung mit dem Arbeitsförderungsgesetz geschehen soll. Für die Arbeitnehmer ist eine Vereinheitlichung nur akzeptabel, wenn damit zugleich die vom DGB geforderte volle Selbstverwaltung nicht nur in der Spitze, sondern auch in den Zweiganstalten der Rentenversicherung verwirklicht würde. Nur so kann eine auf den sozialen Zweck ausgerichtete, unbürokratische Arbeitsweise gesichert werden.

Als Konzession an das überholte „Standesbewußtsein“ einer Minderheit von Angestellten und Funktionären von Angestelltenorganisationen die Zusammenführung der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten grundsätzlich abzulehnen, ist angesichts der Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft kurzfristig. Gegenwärtig wäre es jedoch verfehlt, sich durch eine Diskussion über diese Frage, deren Lösung nicht dringend ist, von der Hauptfrage ablenken zu lassen, deren Lösung für alle Arbeiter und Angestellten von brennender Aktualität ist: Die Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung dadurch, daß der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung nachkommt, die Zweckenfremdung der Gelder der Sozialversicherung beendet, die mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 beschlossenen rigorosen Kürzungen der Bundeszuschüsse aufhebt und diese entsprechend der Forderung des DGB auf ein Drittel der Gesamtausgaben der Rentenversicherung erhöht. A. Böpple

mit Monopol gemeint —, die politischen Grundsätze der außenwirtschaftlichen Beziehungen festzulegen und die volkswirtschaftlichen Größenordnungen sowie Proportionen, in denen sich dies entwickelt, zu planen und zu leiten. So geht die Außenwirtschaft konform mit der auf Wachstumsschwerpunkte gerichteten volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Strukturpolitik der DDR, sie wird in das sich weiter entwickelnde gesellschaftliche System des Sozialismus und sein Kernstück, das ökonomische System, organisch einbezogen.

Das beständige stabile, in der Tendenz zunehmende Wachstum des Netto-sozialprodukts zeigt sehr deutlich, daß dieser Weg einer flexiblen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen geführten Planwirtschaft mit ihren modernen Konzentrationspunkten erfolgreich ist.

Erste offizielle Jugenddelegation der ÖTV studierte sozialistische Gewerkschaftsarbeit — Ein Teilnehmerbericht

In der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sind die Ostkontakte von der höchsten auf die mittlere und untere Ebene ausgedehnt worden. Ein Teilnehmer der ersten offiziellen Jugenddelegation dieser Gewerkschaft berichtet im folgenden für NACHRICHTEN über Probleme der Gewerkschaftsarbeit in Ungarn. Die Möglichkeit, Informationen über die Gewerkschaftstätigkeit in sozialistischen Ländern „aus erster Hand“ zu bekommen, sollte von den Gewerkschaften nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, wie das zur Zeit im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR durch „Einfrieren“ der Ostkontakte praktiziert wird. Ob die sozialistischen Gewerkschaften immer dann zu Kontakten bereit sind, wenn es Bonn oder dem DGB politisch ins Konzept paßt, ist nicht gewiß!

Nicht nur auf höchster Ebene gibt es Kontakte zwischen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und den Gewerkschaften der sozialistischen Staaten Europas. Zwanzig junge Kollegen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes hatten kürzlich Gelegenheit, auf Einladung des Zentralrats der Ungarischen Gewerkschaften das Land an Donau und Theiß kennenzulernen. Während des zweiwöchigen Aufenthaltes in Budapest und anderen Orten kam es zu zahlreichen Diskussionen und Gesprächen mit Vertretern des SZOT (Ungarischer Gewerkschaftsbund), der Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes und anderer Einzelgewerkschaften sowie Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes KISZ und der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Bekanntlich war Ungarn bis 1945 ein sehr rückständiger, halbfeudaler Agrarstaat. Das faschistische Horthy-Regime, das nach der Zerschlagung der Räterepublik 1919 an die Macht gekommen war, änderte nicht viel an den Besitzverhältnissen und der sozialen Struktur der früheren k. u. k. Provinz Ungarn. Die volksdemokratische und sozialistische Entwicklung des 10-Millionen-Volkes hat, wie in allen anderen rückständigen Ländern Osteuropas, nach 1945 zu einer beachtlichen Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in allen Bereichen geführt.

Die industrielle Produktion wuchs in 25 Jahren um das Fünffache. Bis 1950 wurde eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen. 1947 waren erst 41 Prozent aller Ungarn sozialversichert. 1964 waren es bereits 97 Prozent. In Anerkennung ihrer erfolgreichen Arbeit übertrug der Staat am 1. Januar 1965 die Leitung der Sozialversicherung in vollem Umfang dem Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften. Im Bereich des Arbeitsschutzes ist es gelungen, die Zahl der Unfälle beträchtlich zu senken, und zwar in etwa 12 Jahren bei den tödlichen Unfällen um mehr als die Hälfte und bei den übrigen Unfällen um über ein Drittel. Um die Ziele des dritten Fünfjahrpla-

nes, der die Erhöhung des Nationaleinkommens um 19—21 Prozent und des Realeinkommens um 14—16 Prozent vorsieht, besser zu verwirklichen, entwickelte man neue Leitungsmethoden. Die „Reform des Wirtschaftsmechanismus“, wie das neue System genannt wird, ist am 1. Januar 1968 in Kraft getreten. Die Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus erfolgte auf Beschluß des ZK der USAP. Auf die Frage, ob das Neue Ökonomische System der DDR Vorbild für die ungarische Reform gewesen sei, wurde uns erwidert, alle sozialistischen Reformpläne seien zuvor studiert worden. Der neue Wirtschaftsmechanismus liege, entsprechend den Gegebenheiten in Ungarn, zwischen den sowjetischen Wirtschaftsreformen auf der einen und dem jugoslawischen Modell auf der anderen Seite.

Wachsender sowjetischer Außenhandel

Im vergangenen Jahr hat der Außenhandel der UdSSR einen erheblichen Aufschwung genommen. Nach amtlichen Angaben gelang es, den Außenhandel um fast 9 Prozent zu steigern. Insgesamt erreichte er ein Austauschvolumen von fast 16,4 Milliarden Rubel.

Dieser Auftrieb des Handels ergab sich vornehmlich im Bereich der sozialistischen Länder. Der Anteil dieser Handelspartner erhöhte sich im vergangenen Jahr auf 67,7 Prozent. Nach wie vor ist jedoch die DDR der wichtigste Handelspartner der UdSSR. Auf den Warenverkehr zwischen den beiden Staaten entfielen im Vorjahr 2,545 Milliarden Rubel oder 16 Prozent des sowjetischen Außenhandels.

Die ebenfalls kräftige Ausweitung des Außenhandels der UdSSR mit westlichen Staaten beruht auf einem besonders starken Interesse an Maschinen und kompletten Industrieausrüstungen. Ihr Anteil am Gesamt-

Der Standpunkt der Gewerkschaften zu der Wirtschaftsreform, die vom SZOT maßgeblich mitgestaltet wird, legte dessen Generalsekretär Sándor Gáspár auf dem letzten Gewerkschaftskongreß im Rechenschaftsbericht so dar: „Ziel der Reform ist die Förderung der Produktivkräfte, die bessere Nutzung der in den sozialistischen Produktionsverhältnissen liegenden Möglichkeiten zwecks rascherer Hebung des Lebensniveaus. Mit anderen Worten: Die Reform ist ein Mittel zur Steigerung der Wirtschaftskraft und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen... Sie enthält die Erkenntnis, daß nach Erringung der Macht die Schaffung der sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht automatisch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte nach sich zieht, sondern nur die Möglichkeiten dazu schafft. Die Reform steht nicht im Widerspruch zur Planmäßigkeit.“

In dem Rechenschaftsbericht des XXI. Kongresses der Ungarischen Gewerkschaften, der vom 3. bis 6. Mai 1967 stattfand, wird betont, die Selbständigkeit und materielle Interessiertheit der Unternehmen und Wirtschaftseinheiten werde die Planwirtschaft auf ein höheres Niveau heben. „Auf Grund der zentralen Planung“, heißt es weiter in dem Bericht, „bestimmen wir die Förderung der Produktivkräfte, die Proportionen der Entwicklung, die Akkumulation und den Verbrauch.“ Volkswirtschaftliche Faktoren, wie Rentabilität, Gewinn und Arbeitsproduktivität sollen einen wesentlich größeren Nachdruck erhalten.

Die Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus bringt fast zwangsläufig

import erhöhte sich auf über 34 Prozent. Bemerkenswert ist, daß auch industrielle Konsumgüter aus dem Westen auf Grund der wachsenden Konsumansprüche der sowjetischen Bevölkerung einen Anteil von fast 20 Prozent an der Gesamteinfuhr mit den westlichen Staaten erreichten.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit DDR-UdSSR

Die Verkehrsminister der DDR und der Sowjet-Union unterzeichneten ein Protokoll über weitere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Unter anderem wurden Themen für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaufgaben festgelegt und der Austausch von Produktionserfahrungen technischer Unterlagen und Informationen vereinbart. Eisenbahn-Experten beider Länder werden sich mit der Errichtung einer Schnellverbindung Moskau—Berlin befassen, auf der Züge mit einer Geschwindigkeit bis zu 150 Stundenkilometer verkehren sollen.

eine Veränderung der Rechte und Pflichten der Gewerkschaften mit sich. Bemerkenswert ist, daß die neue Einpersonen-Verantwortung im Betrieb die Einmischung in alle Tätigkeitsbereiche des Direktors durch die Betriebsgewerkschaftsleitung nicht mehr zuläßt. Mit der Inkraftsetzung des neuen Arbeitsgesetzbuches (s. NA 5/68) sind die bisherigen Kontroll-, Beurteilungs-, Regelungs- und Vetorechte der Gewerkschaft nicht aufgehoben worden. Es wurden aber neue Prinzipien festgelegt, die für die Beziehungen zwischen der Wirtschaftsleistung und den Gewerkschaftsgrundorganisationen gelten:

a) Die Entscheidung von Wirtschaftsfragen gehört in den Wirkungsbereich der Wirtschaftsleitung. Die Gewerkschaften entscheiden zur gleichen Zeit über die soziale, kulturelle und Wohlfahrtzwecke verwendbaren Beträge aus dem Gewinnanteil-Fonds.

b) Die Gewerkschaftsorgane bestimmen den Unternehmensrahmen mit, sofern dieser die arbeitsrechtliche Seite berührt. Innerhalb dieses Rahmens entscheiden die Wirtschaftsleiter die den einzelnen Werkträgern berührenden Arbeitsrechtfragen selbständig unter Berücksichtigung der Meinung der Gewerkschaftsorgane.

Das neue Arbeitsgesetzbuch bestimmt die Ausarbeitung von Betriebskollektivverträgen, die als „Verfassung des Betriebes“ betrachtet werden. Dazu gehört auch die Entwicklung eines Lohnsystems durch die örtlichen Betriebs- und Wirtschaftsleiter sowie der zuständigen Gewerkschaftsorgane. Die richtige Gestaltung der Proportionen zwischen den Industriezweigen obliegt dem Zentralrat; die Zentralleitungen der 19 Einzelgewerkschaften haben für die richtigen Verhältnisse innerhalb ihrer Berufszweige zu sorgen.

Die Weiterentwicklung der örtlichen Lohnpolitik soll zu einer größeren Differenzierung in bezug auf Löhne und Einkommen, Prämien und Gewinnanteile führen. Die Gleichmacherei in der Entlohnung und Prämierung stehe im Widerspruch zu den Interessen der Werkträgern und widerstrebe ihrem Gerechtigkeitsgefühl. Die bisher nur geringfügige Differenzierung in den Löhnen der Arbeiter bringt den Unterschied in der geleisteten Arbeit, den Fachkenntnissen, der Verantwortung und dem Fleiß nicht zum Ausdruck.

Durch die größere Selbständigkeit der Unternehmen hängt das persönliche Einkommen der Werkträgern jetzt mehr als früher von der individuellen Leistung und der Rentabilität des Betriebes ab. Es wird deshalb unter Umständen vorkommen können, daß sich bei unrentablen Betrieben der Grundlohn der Leiter verringert. Den Arbeitern und Angestellten soll jedoch der ihnen gemäß der erbrachten Leistung — un-

Kriegsopfer kontra Bundesregierung

Zu einem offenen Zusammenstoß zwischen der Regierung und den 2,7 Millionen Kriegsopfern und ihren Verbänden — vor allem Reichsbund und VdK — ist es anläßlich der Beantwortung einer Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion durch Bundesfinanzminister Strauß gekommen. Strauß teilte lakonisch mit, daß die Regierung nicht daran denke, das Finanzänderungsgesetz 1967 zu korrigieren und vor Ende 1970 auch nur zu prüfen, ob eine Anpassung (Erhöhung) der Kriegsopferrenten notwendig und möglich ist.

Die Begründung, die die Bundesregierung zu ihrer Absage an die Kriegsopfer gegeben hat, ist nicht stichhaltig, für den Bestand der dynamischen Renten Anpassung aber äußerst gefährlich. Soweit Kriegsopfer, worauf die Regierung hinweist, Erwerbseinkommen oder Sozialrente beziehen, kommen sie nur dann unverkürzt in den Genuß einer Steigerung dieser Einkünfte, wenn sie nicht Ausgleichs- oder Elternrente, Berufsschadens- oder

Schadensausgleich erhalten. Andernfalls führt die Steigerung des Erwerbseinkommens oder der Sozialrente zur Kürzung dieser Bedürftigkeitsleistungen des Bundesversorgungsgesetzes. Mit der gleichen Begründung ließe sich auch die Anpassung der Unfallrenten und eines erheblichen Teiles der Sozialrenten (Witwen- und Berufsunfähigkeitsrenten) in Frage stellen, da ein großer Teil der Bezieher dieser Renten gleichfalls noch berufstätig ist.

Mehr als drei Viertel aller Kriegsopfer erhalten nur die Grundrente, die von ihnen mit Recht als viel zu gering betrachtet wird. 53 DM für den Verlust eines Auges, 70 DM für den Verlust aller Finger einer Hand, 150 DM für den Verlust des Ehemannes, das ist der bescheidene „Dank des Vaterlandes“. Auch die Kriegsopfer wollen Anteil haben an der wieder günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung und sich nicht noch drei, vier Jahre auf die nächste Erhöhung ihrer Renten verträumen lassen. —pp—

NS-Verfolgte werden hingehalten

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen hat mit umfangreichem, fundiertem Material einen neuen Vorstoß für die volle Wiedergutmachung der den NS-Verfolgten in ihrer Sozialversicherung entstandenen Schäden unternommen. Nur ein kleiner Teil der nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) anerkannten Verfolgten erhält eine Rente nach diesem Gesetz. Der größte Teil der Verfolgten ist im Alter, bei Invalidität — oder im Falle des Todes ihre

Hinterbliebenen — allein auf die Rente aus der Sozialversicherung angewiesen.

Zwar gibt es ein im August 1949 vom damaligen Wirtschaftsrat verabschiedetes Gesetz zur Wiedergutmachung in der Sozialversicherung. Doch dieses Gesetz ist unzureichend. Zwei Forderungen stellen die Verfolgten: Erstens, daß die Verfolgten in der Sozialversicherung so gestellt werden, als wären sie nicht verfolgt gewesen. Also Berücksichtigung aller Zeiten bei der Rentenberechnung, die ihnen durch NS-Maßnahmen verlorengegangen sind, und zwar mit dem Verdienst, den sie sonst in ihrer beruflichen Stellung erzielt hätten. Dazu gehört auch der volle Ausgleich für Minderverdienste, die ein Verfolgter dadurch hatte, daß er nach 1933 keine qualifizierte Tätigkeit mehr ausüben durfte. Zweitens die Herabsetzung der Altersgrenze für Männer auf 60 und Frauen auf 55 Jahre, ohne daß sich die Rente dadurch vermindert.

Beide Forderungen sind auch in Bonn als berechtigt anerkannt. Schon am 22. Januar 1960 hat der Bundestag die Regierung einstimmig aufgefordert, eine Novelle zum Gesetz zur Wiedergutmachung in der Sozialversicherung vorzulegen. Doch ist das bis jetzt nicht geschehen! Tausende Verfolgte sind in diesen Jahren verstorben. Hofft man in Bonn etwa, auf diese Weise die Forderungen der Verfolgten „zu erledigen“? Die 131er finden für ihre Anliegen mehr Gehör in Bonn.

abhängig von der Rentabilität — zukommende vollständige Arbeitslohn garantiert werden.

Da der neue Wirtschaftsmechanismus erst seit Januar dieses Jahres in Kraft ist und das Gesetzbuch der Arbeit im Frühjahr 1968 verabschiedet wurde, kann natürlich noch nicht über praktische Erfolge und eventuelle Mängel berichtet werden. Dazu bedarf es eines längeren Beobachtungszeitraumes. Die Notwendigkeit, die Lenkung und Leitung der Volkswirtschaft eines sozialistischen Staates in bestimmten Entwicklungsstadien den veränderten Bedingungen anzupassen, ist unbestreitbar. Neue und effektivere Methoden im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution bieten sich an.

U. S.

—pp—

■ 7.—11. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Bremen.

■ 13.—17. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft in Erbach/Odw.

■ 20.—26. Oktober

8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Koblenz.

■ 29.—30. Oktober

6. Bundesangestelltentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg.

■ 21.—22. November

7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

■ 22.—23. November

7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.

■ Mai 1969

7. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München.



Programmentwurf darf verbreitet werden

Die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe hat entschieden, daß trotz des Verbotes der Kommunistischen Partei die Verbreitung des KPD-Programmentwurfs nicht verfassungswidrig ist und darum nicht verboten werden kann. In der Begründung heißt es in bezug auf den Programmentwurf: „Der Inhalt der Broschüre (des Programms also) ist nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet. Nach der Bestimmung des § 86 Abs. 2 des durch das achte Strafrechts-Änderungsgesetz geänderten Strafgesetzbuches wäre eine Strafbarkeit nicht gegeben.“

Zu guter Letzt:

Das Schwurgericht Hannover stellte das Verfahren gegen den ehemaligen Schullektor Garbe aus Hameln und den Rentner Kempl aus Baden-Baden wegen der Ermordung von 50 bis 70 sowjetischen Gefangenen ein, weil den beiden Angeklagten nicht zu widerlegen sei, daß sie bei der Erschießung der Gefangenen aus Mitleid gehandelt hätten.

Womit das Schwurgericht Hannover seinen Beitrag zur „Verbesserung der Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geleistet hätte.

Besteuerung der Renten?

Millionäre werden verschont — Steuerbeamte empört
Wie die Bonner „Steuergerechtigkeit“ aussieht

Steuerbeamte sind alles andere als „Revoluzzer“. Es muß daher schon oberflächlich mit unseren Steuergesetzen und der bundesrepublikanischen Steuerpraxis aussehen, wenn der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten, Fredersdorf, in einem Presseinterview damit drohen mußte, er werde notfalls „auspacken“, wenn sein Kampf gegen die „Mißstände in unserem Steuerwesen“ nicht wenigstens bald zu Anfangerfolgen führt.

„Wir könnten uns dann gezwungen sehen“, erklärte Fredersdorf, „der Öffentlichkeit konkrete Steuerfälle zu unterbreiten, die sowohl politische Einflüsse in Einzelfällen als auch die ungerechte und ungleichmäßige Steuergesetzgebung und Besteuerungspraxis deutlich machen würden.“ Und in der Zeitschrift des Bundes der Steuerbeamten wurde zum gleichen Thema geschrieben, daß es der Öffentlichkeit eines Tages guttun könnte „zu erfahren, mit wie wenig Steuern man als Millionär bei unserer Steuergesetzgebung und Besteuerungspraxis davonkommen kann.“

Wäre der Bundesfinanzminister das, was er eigentlich sein sollte, oberster Wächter über die Steuergerechtigkeit, dann hätte er die Steuerbeamten nachdrücklichst in ihrem Protest gegen eine ungerechte Steuergesetzgebung und Besteuerungspraxis unterstützen müssen. Doch der selbst als Minister millionenschwer gewordene Franz-Josef Strauß, dem aus der FIBAG- u. a. Affären der „Geruch der Korruption“ anhaftet, tat genau das Gegenteil. Er drohte den Steuerbeamten mit dem Kadi, wenn sie es wagen sollten, dem Volk, nach dem Grundgesetz der oberste Souverän, die Wahrheit zu sagen.

Schon vor längerer Zeit hat der Bund der Steuerbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß dem Staat jährlich einige Milliarden DM Steuern dadurch verloren gehen, daß die Unternehmer ihre Steuern mit einjährigem und längerem Verzug ohne Verzugszinsen bezahlen und die Steuerbehörden nicht in der Lage sind, die Steuerveranlagungen der Unternehmer ordnungsgemäß zu prüfen. Den Lohn- und Gehaltsempfängern dagegen werden die Steuern bis zum letzten Pfennig abgezogen, bevor sie ihr Geld überhaupt in Händen haben. Viele von ihnen zahlen zuviel Steuern, weil sie sich in den Steuergesetzen nicht auskennen und einen teuren Steuerberater nicht leisten können.

Jetzt aber wurde damit begonnen, auch die Rentner zur Steuer heranzuziehen. Vom Steueramt in Bremen — und sicher nicht nur dort — wurden Rentner aufgefordert, für das Jahr 1967 die Höhe ihrer Rente anzugeben, damit sie zur Steuer veranlagt werden können. Einige Rentner haben bereits Steuerbescheide erhalten mit der Aufforderung, Einkommenssteuer nachzuzahlen. Die Steuerbehörde stützt

diese Steuereintreibung von den Rentnern auf ein Gesetz aus den Jahren 1924/25. Für die Besteuerung der Renten tritt offen die CDU in ihrem neuen Programmentwurf ein.

So sieht sie also aus, die Bonner „Steuergerechtigkeit“: Die Millionäre werden geschont, aber selbst die Rentner müssen zahlen! A. B.

Teure Krankenversicherung

Die Beitragssätze für Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung steigen kontinuierlich. Der durchschnittliche Beitragssatz für Mitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen betrug am 1. April 1965 9,88 Prozent des Grundlohns; inzwischen ist er auf 10,17 Prozent gestiegen. Die Ersatzkassen, insbesondere die Barmen, haben nunmehr weitere Erhöhungen der Beiträge beschlossen, die in Kürze wirksam werden.

Seeleute fordern Heuerzulage

Im August hat die erste Gesprächsrunde zwischen dem Verband Deutscher Reeder, dem Verband Deutscher Küstenschiffer sowie den Gewerkschaften OTV und DAG über die Forderungen für die Seeleute der Bundesrepublik stattgefunden. Die Gewerkschaften hatten Ende Juli 1968 die Tarifverträge für die Seeschifffahrt gekündigt. Danach sollen die Heuern für Seeleute und die Bezüge für Kapitäne und Offiziere um 8 Prozent erhöht werden. Außerdem wird von den Gewerkschaften eine fortschrittliche Neuregelung des Urlaubs und der freien Tage verlangt.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat.
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 36 38, Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80,
Harnackring 31, Tel. 7 38 58 28

(Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.)
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altena,
Winterstraße 9-11
Einsendungspreis 0,75 DM, Halbjahres-Abonnement 4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet